

# NEUE ZEIT

---

W O C H E N S C H R I F T

---

## I N H A L T

|                                                                                                   |    |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Zum Schutze des Friedens . . . . .                                                                | 1  |
| W. LUZKI — Ein neuer Plan für die Kolonialexpansion<br>der USA . . . . .                          | 4  |
| L. SEDIN — Über eine Fälschung der neuzeitlichen<br>Sklavenhalter . . . . .                       | 9  |
| Internationale Umschau (Notizen) . . . . .                                                        | 13 |
| W. JORDANSKI — Briefe aus Prag. 1. Ehre der Arbeit! . . . .                                       | 19 |
| S. BOGUTSCHAROW — Bei den Sportwettkämpfen in<br>Norwegen (Notizen eines Korrespondenten) . . . . | 24 |
| Kritik und Bibliographie:                                                                         |    |
| W. DUBOWIZKI — Der „Heilige Stuhl“ im Dienste<br>der Reaktion . . . . .                           | 27 |
| Chronik der internationalen Ereignisse . . . . .                                                  | 31 |

**10**

**2. März 1949**

---

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

**Schriftsteller: W. BERESIN**

**Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.**

---

## Zum Schutze des Friedens

SEIT dem 8. Februar wird im Sicherheitsrat bzw. dann im Ausschuß für konventionelle Rüstungen erneut die Einschränkung der Rüstungen und das Verbot der Atomwaffe erörtert, eine Frage, die bekanntlich für die Abwendung der Gefahr eines neuen Krieges von gewaltiger Bedeutung ist. Wie stets, verschweigt die imperialistische Presse die sowjetischen Anträge, entstellt den Sinn der Vorgänge und verheimlicht der Öffentlichkeit, weshalb der Sicherheitsrat bis heute buchstäblich nichts getan hat, um den Beschlüssen der Vollversammlung nachzukommen, die Rüstungen einzuschränken und die Atomwaffe zu verbieten. Die Vertreter des britisch-amerikanischen Blocks im Sicherheitsrat betreiben eine doppelzünglerische Politik. In Worten sind sie mit einer Einschränkung der Rüstungen, ja sogar mit einem Verbot der Atomwaffe scheinbar einverstanden, in der Praxis aber sabotieren und vereiteln sie jeden Versuch, auch nur den kleinsten praktischen Schritt in dieser Richtung zu tun.

Die ganze Welt, jeder einfache Mensch muß wissen, was in den UNO-Körperschaften, die sich mit dieser wichtigsten Angelegenheit befassen, in Wirklichkeit vorgeht, und weshalb nichts getan wird, um das Wettrüsten einzustellen. Verheißt dieses Wettrüsten doch katastrophale Folgen für die internationale Sicherheit, gar nicht zu reden davon, daß sie ein wirtschaftliches Chaos schafft und das Elend der Werktätigen vergrößert!

Das wahre Wesen der Sache wird von den imperialistischen Politikern der USA und Englands, die das Wettrüsten zu ganz eindeutigen Zwecken angestiftet haben, verschwiegen und verheimlicht. Ihre Vertreter im Sicherheitsrat sind es, die seit über zwei Jahren die Realisierung der von der Vollversammlung beschlossenen Resolutionen über die Einschränkung der Rüstungen und über das Verbot der Atomwaffe verschleppen. Die Annahme dieser von den Sowjetvertretern eingebrachten Resolutionen konnten sie seinerzeit nicht verhindern, und zwar aus der Befürchtung heraus, vor der öffentlichen Meinung vorzeitig entlarvt zu werden. Sie taten

jedoch alles, um die Frage in Ausschüssen und Unterausschüssen zu begraben und eine Verwirklichung der Vollversammlungsbeschlüsse zu verhindern. Die Stimmen der Wall-Street-Satelliten, der käuflichen Politiker der marshallisierten Länder, der lateinamerikanischen und anderer Marionetten geben den amerikanischen und englischen Imperialisten bis auf den heutigen Tag die Möglichkeit, die Organisation der Vereinten Nationen daran zu hindern, einer ihrer wichtigsten Aufgaben nachzukommen.

Der schon vor zwei Jahren zwecks Verwirklichung der erwähnten Vollversammlungsbeschlüsse eingesetzte Ausschuß für konventionelle Rüstungen ist mit seiner Arbeit nicht von der Stelle gekommen. Durch Verschulden der Vertreter der USA und Englands in diesem Ausschuß, die von allem Anfang an die Ausarbeitung aller wie immer gearteten praktischen Maßnahmen verhindert haben, hat diese Arbeit sich als sinnlos und unfruchtbar erwiesen. Vor allem trennten sie die beiden unauflöslich miteinander verbundenen Seiten der Frage künstlich voneinander ab — die Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte einerseits und das Verbot der Atomwaffe andererseits. Dadurch hemmten sie jeden weiteren Schritt zur Verwirklichung des Beschlusses der Vollversammlung auf diesen beiden Gebieten.

Auf der letzten, Pariser Tagung der Vollversammlung ist es den Vertretern Englands und der USA gelungen, die Anträge der Sowjetdelegation, die Rüstungen und die Streitkräfte der fünf Großmächte um ein Drittel einzuschränken, was als erster Schritt auf dem Wege zur Lösung des Problems der Rüstungseinschränkung und des Verbots der Atomwaffe vorgeschlagen worden war, ablehnen zu lassen. Als Ersatz wurde der Vollversammlung vom britisch-amerikanischen Block eine leere, inhaltslose Resolution aufgezwungen. Von den sowjetischen Anträgen ist in dieser Resolution nur die Überschrift übriggeblieben, die „Über das Verbot der Atomwaffe und die Einschränkung der Rüstungen und der Streit-

kräfte der ständigen Sicherheitsratsmitglieder um ein Drittel“ lautet. Die Resolution enthält nur allgemeine Wünsche betreffend das Studium der Frage nach Regelung und Einschränkung der konventionellen Rüstungen im Sicherheitsrat sowie die Einziehung von Auskünften über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte. Mit Schweigen umgangen wird hierbei — und nicht zufällig natürlich! — eine so wichtige Frage wie das Verbot der Atomwaffe und selbst die Informierung des Sicherheitsrats über diese wichtige Rüstungsart.

Am 8. Februar, als der Sicherheitsrat mit der Erörterung dieser Resolution begann, brachte der sowjetische Delegierte J. A. Malik im Auftrage der Regierung der Sowjetunion im Sicherheitsrat ein neues Projekt ein. Sein Ziel ist es, der Arbeit des Ausschusses für konventionelle Rüstungen und des Atomausschusses eine praktische Richtung zu geben. Eben dieses Projekt wird jetzt von der imperialistischen Presse aus völlig begreiflichen Gründen verheimlicht, da es die schmutzigen Machenschaften der Imperialisten enthüllt.

Dieses Projekt konstatiert vor allem die wachsende Aktivität der aggressiven Kreise der Mächte, die eine Politik der Entfesselung eines neuen Krieges betreiben, und die damit zusammenhängende ungerechtfertigte Vermehrung aller Art Rüstungen. Es vermerkt die zunehmende und von den regierenden Kreisen dieser Länder geförderte Propaganda für einen neuen Krieg, die von der Vollversammlung schon 1947 entschieden verurteilt worden ist, und erinnert daran, daß eine solche Propaganda ein direktes Werkzeug der Kriegsbrandstifter ist. Weiter wird vermerkt, daß in letzter Zeit eine ganze Anzahl aggressiver Gruppierungen geschaffen wird, geführt von Großmächten, die anderen Ländern ihre aggressive Politik aufzuzwingen suchen, die Rüstungsproduktion steigern und in allen Teilen der Welt Stützpunkte für Luftstreitkräfte und Kriegsflootten anlegen.

In dem sowjetischen Projekt ist die unbestreitbare Tatsache konstatiert, daß bis zur letzten Zeit nichts getan worden ist, um die Beschlüsse der Vollversammlung vom 24. Januar 1946 und vom 14. Dezember 1946 in die Tat umzusetzen, Beschlüsse also, die auf das Verbot der Atomwaffe und auf allgemeine Regulierung und Einschränkung der Rüstungen gerichtet sind.

Da der Atomausschuß und der Ausschuß für konventionelle Rüstungen ihre Aufgaben nicht erfüllt haben, brachte die Sowjetdelegation in ihrem Antrag konkrete Vorschläge für die Realisierung dieser Beschlüsse ein. Die wichtigsten Punkte dieser Vorschläge lauten wie folgt:

Der Ausschuß für konventionelle Rüstungen wird beauftragt, als ersten Schritt einen Plan

auszuarbeiten, durch den die Rüstungen und die Streitkräfte der fünf Staaten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind, bis zum 1. März 1950 um ein Drittel herabgesetzt werden.

Der erwähnte Plan soll dem Sicherheitsrat spätestens am 1. Juni 1949 unterbreitet werden.

Der Atomausschuß wird beauftragt, dem Sicherheitsrat bis zum 1. Juni 1949 sowohl das Projekt einer Konvention über das Verbot der Atomwaffe vorzulegen als auch das Projekt einer Konvention über die Kontrollierung der Atomenergie, ausgehend davon, daß beide Konventionen gleichzeitig abgeschlossen und in Kraft gesetzt werden müssen.

Es wird als notwendig anerkannt, daß die ständigen Sicherheitsratsmitglieder spätestens am 31. März 1949 volle Angaben über ihre Streitkräfte und über alle Rüstungsarten, einschließlich der Atomwaffe, vorlegen.

Die sowjetischen Vorschläge gehen von den Vollversammlungsbeschlüssen aus. Sie enthalten konkrete Maßnahmen und genaue, kürzeste Fristen für ihre Durchführung. Von den Vertretern der USA und Englands, die im Grunde absolut nichts zu erwidern wußten, wurden diese Vorschläge auch gar nicht ernstlich angefochten. Die Delegierten der USA und Englands hätten nur geradeheraus zugeben können, daß sie nicht einmal daran denken, die Rüstungen einzuschränken und die Atomwaffe zu verbieten. Faktisch gestanden sie dies ja ein, als sie ihre Mehrheit im Sicherheitsrat dazu ausnutzten, die sowjetischen Anträge zu begraben.

Der britisch-amerikanische Block hat im Ausschuß für konventionelle Rüstungen neue Manöver unternommen, um zu verhindern, daß irgendein praktisches Programm für die Einschränkung der Rüstungen und das Verbot der Atomwaffe beschlossen wird. Zu diesem Zweck hat die USA-Delegation einen Antrag eingebracht, der mit Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit der Völker nichts gemein hat. In dem amerikanischen Projekt wird vorgeschlagen, Informationen über die konventionellen Rüstungen aller Länder, d. h. der Rüstungen unter Ausschluß der Atomwaffe, zu sammeln, zu sichten und zu veröffentlichen. Dem Ausschuß für konventionelle Rüstungen wird somit vorgeschlagen, sich mit der Sammlung von Nachrichtendienstangaben über die Rüstungen anderer Länder zu befassen, die gesamte übrige Arbeit aber auf ein „Studium der Frage“, d. h. auf Null zu reduzieren.

Das ist ein Bild dessen, was im Sicherheitsrat und im Ausschuß für konventionelle Rüstungen in diesen Tagen wirklich vor sich geht. Gegen

die sowjetischen Anträge ist ein Schweigekomplot geschmiedet worden. Die früheren Vollversammlungsbeschlüsse werden der Sache nach nicht einmal erörtert. Die Frage des Verbots der Atomwaffe wird ignoriert und der Behandlung entzogen. Es werden Beschlüsse gefaßt, die von den Sowjetvertretern mit vollem Recht als eine beschämende Farce charakterisiert werden.

Die Taktik der Vertreter Englands und der USA im Sicherheitsrat tritt offenbar in eine neue Phase ein. Taten sie früher so, als ob sie geneigt wären, auf eine Einschränkung der Rüstungen und ein Verbot der Atomwaffe hinzuwirken, so treten sie jetzt offen als Gegner einer Einschränkung der Rüstungen und eines Verbots der Atomwaffe auf. Hierin hat natürlich der jetzige politische Kurs der USA und Englands, der eine Politik der Aggression, eine Politik der Entfesselung eines neuen Krieges ist, seinen direkten Ausdruck gefunden.

Die Sowjetunion und ihre Vertreter stellen dieser Politik ihrerseits den unentwegten und folgerichtigen Kampf für den Frieden, gegen die Kräfte der Aggression, für die allgemeine Einschränkung der Rüstungen und der Streitkräfte, für das Verbot der Atomwaffe entgegen.

Die Linie der Sowjetvertreter im Sicherheitsrat und ihre auf Einschränkung der Rüstungen und Verbot der Atomwaffe gerichteten Vorschläge müssen als ein untrennbarer Bestandteil des allgemeinen Kampfes der Völker für den Frieden betrachtet werden. Dieser Kampf für den Frieden geht mit unverminderter Kraft weiter.

Am 25. Februar traten im Leningrader Winterstadion 10 000 Gewerkschaftsdelegierte der Arbeiter und Angestellten Leningrads und des Leningrader Gebiets zu einer imposanten Kundgebung zusammen. Auf dieser Kundgebung wurde eine Deklaration erörtert, die im Namen von 950 000 englischen Arbeitern Lancshires und Cheshires dem Leningrader Gebietsrat der Gewerkschaften überreicht worden ist. In dieser Deklaration wird dazu aufgerufen, den Weltfrieden zu festigen und den neuen Krieg, den der britisch-amerikanische Imperialistenblock vorbereitet, zu verhindern. In der Deklaration heißt es:

„Wir sind schwer davon betroffen, daß so kurz nachdem wir den katastrophalen Krieg hinter uns haben, worin Millionen von Menschen ihr Leben verloren, von einem neuen Krieg geredet wird. Wir glauben, daß die Völker der Welt — das britische, das sowjetische, das amerikanische Volk und alle ande-

ren Völker — keinen Krieg wollen. Wir glauben ferner, daß der Krieg verhindert werden kann...“

Im Namen von 1,4 Millionen Arbeitern Leningrads und des Leningrader Gebiets haben die Gewerkschaftsdelegierten in Beantwortung der Adresse der englischen Arbeiter ihre Stimme zum Schutze des Friedens erhoben und den Räuberklüngel der Kriegsbrandstifter gebrandmarkt. Sie haben dem Willen des ganzen Sowjetvolkes Ausdruck gegeben, den Frieden zu verteidigen und die verbrecherischen Absichten der Imperialisten zu entlarven und zu vereiteln.

In der Antwortadresse, die dem Lancashirer und dem Cheshirer Bezirksrat der Gesellschaft für britisch-sowjetische Freundschaft und der Gewerkschaftsföderation von Lancashire und Cheshire übersandt worden ist, erklären die Werktätigen Leningrads:

„Die Kräfte der Demokratie wachsen in der ganzen Welt mit jedem Tage. Wenn die Völker aller Länder den Kriegsbrandstiftern ihre feste Entschlossenheit entgegensetzen, die Sache des Friedens zu verteidigen, und ihre Reihen zusammenschließen, so wird es den Kräften der Reaktion nicht gelingen, ihr finsternes Werk zu verrichten, so wird es ihnen nicht gelingen, die Menschheit in ein neues blutiges Gemetzel zu stürzen.“

Dem gleichen Ziel — der Verteidigung des Friedens — ist das am 24. Februar in Paris beschlossene Manifest des Internationalen Verbindungsausschusses der Geistesschaffenden gewidmet. Dieser Internationale Ausschuss hat gemeinsam mit der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, gemeinsam mit einer Anzahl von Vertretern der Kultur, der Wissenschaft, der Kunst und der Öffentlichkeit an alle demokratischen Organisationen und alle Anhänger des Friedens den Aufruf gerichtet, sich an einem Weltkongreß der Friedensanhänger, der für April d. J. einberufen wird, zu beteiligen. In dem Manifest heißt es:

„Es ist die Pflicht aller ehrlichen Vertreter der Wissenschaft, der Kultur, der Kunst und der Literatur, es ist die Pflicht aller demokratischen Organisationen, entschlossen und einmütig für die Verteidigung des Völkerfriedens in die Schranken zu treten.“

Indem die Sowjetvertreter im Sicherheitsrat, im Ausschuss für konventionelle Rüstungen und im Atomausschuss für konkrete Maßnahmen zwecks Einschränkung der Rüstungen und Verbots der Atomwaffe kämpfen, vollbringen sie ein überaus wichtiges Werk. Sie verteidigen den Frieden.

Sie setzen sich ein für die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen in dieser Richtung, für den Übergang von Worten zur Tat. Die sowjetischen Anträge entlarven die fiktiven Anhänger des Friedens, die sich durch Lippenbekenntnisse für die Verteidigung des Friedens erklären, in der Tat aber einen Krieg vorbereiten.

Gegen diese Feinde des Völkerfriedens richtet die demokratische Öffentlichkeit ihr Feuer. Sie haben den Volkszorn zu fürchten. Mögen sie jeden Tag und jede Stunde daran denken, daß die Volksmassen auf Friedenswacht stehen und es nicht zulassen werden, daß die Menschheit in eine neue Kriegskatastrophe gerissen wird!

## Ein neuer Plan für die Kolonialexpansion der USA

W. LUZKI

AM 20. JANUAR hielt Truman beim Antritt der Präsidentschaft eine Rede, in der er die vier Hauptziele der USA-Regierung umriß. Eines dieser Ziele ist nach Trumans Worten „Hilfe“ an die rückständigen Länder bei ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Truman sagte:

„In Zusammenarbeit mit andern Nationen müssen wir Kapitalinvestition in Gebieten fördern, die der Entwicklung bedürfen.“

In Kommentaren zu Trumans Rede führt die USA-Presse aus, zu diesen „rückständigen Gebieten“ zählten Länder Afrikas, des Nahen und Fernen Ostens sowie Indien und Pakistan. Mit andern Worten, es handelt sich um asiatische und afrikanische Kolonien und abhängige Länder, die in dem einen oder andern Maße von marshallisierten Staaten — England, Frankreich, Belgien, Holland — kontrolliert werden.

Die USA-Monopole äußern heute, nachdem sie die Kolonialmächte Europas von sich abhängig gemacht haben, offen die Absicht, auch deren Kolonien an sich zu bringen. Somit ist der neue Trumanplan, wie ihn die dienstbeflissene amerikanische Presse eiligst titulierte, die naturgegebene Fortsetzung des alten Marshallplans. Ebenso wie dieser soll er der Aufrichtung einer Weltherrschaft der USA-Monopole dienen.

Als Truman dies weitgehende Programm einer Kolonialexpansion kundtat, erklärte er:

„Der alte Imperialismus — Ausbeutung zugunsten fremder Profite — hat in unseren Plänen keinen Raum.“

Wie die USA-Presse meldet, sollen indes, dem neuesten Trumanplan gemäß, die Kapitalanlagen in „rückständigen Ländern“ von Privatfirmen, von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie von der Verwaltung für die Realisierung des Marshallplans vorgenommen

werden. Es ist ganz klar, daß die Busineßleute der USA nur deshalb die Absicht haben, in den Kolonien Kapital anzulegen, um durch die Ausbeutung der Kolonialvölker Profite einzuheimsen.

Dies ist ein Elementargesetz der kapitalistischen Wirtschaft, und keinerlei heuchlerische Phrasen können etwas daran ändern.

Sämtliche USA-Monopole, die sich gegenwärtig in „rückständigen Ländern“ Asiens und Afrikas betätigen, beziehen Millionen und aber Millionen Überprofite aus der Ausbeutung der spottbilligen, beinahe kostenlosen Arbeitskräfte in den Kolonien. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Praktiken der USA-Monopole selbstverständlich nicht im geringsten davon, was Truman den „alten Imperialismus“ nennt.

Was aber diese Praktiken vom „alten Imperialismus“ tatsächlich unterscheidet, ist der Maßstab des Expansionsprogramms. Die USA-Monopole nehmen an, sie könnten sich alle Kolonien und rückständigen Länder der Welt aneignen. Dabei äußern die USA-Monopolisten die Bereitschaft, mit andern Kolonialmächten „zusammenzuarbeiten“, d. h. deren Macht über die Kolonien formal aufrechtzuerhalten und deren Truppen zur Bekämpfung der wachsenden und erstarkenden Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker auszunutzen, ihnen die Rolle von Wächtern und Gendarmen in amerikanischen Betrieben anzuweisen und sie sogar zur gemeinsamen Ausbeutung der Kolonien als „Juniorpartner“ zuzulassen. Der Löwenanteil der Kolonialprofite soll aber von jetzt ab den USA-Monopolen zufallen.

Das USA-Kapital, das bei der Aufteilung der Kolonien eine verhältnismäßig geringe Beute ergatterte, hat stets darauf bestanden, daß ihm in den Kolonien anderer Staaten die „Türen aufgetan“

werden. Aber andere Kolonialmächte lehnten das Prinzip der „offenen Tür“ ab und hielten ihre Besitzungen fest verschlossen, um dem Eindringen der wirtschaftlich stärkeren amerikanischen Konkurrenz in jeder Weise entgegenzuwirken. Jetzt befahlen die USA ihren marshallisierten Vasallen, den amerikanischen Firmen die Türen der Kolonien aufzutun. Die Vasallen müssen diesem Befehl wohl oder übel nachkommen und dabei gute Mienen zum bösen Spiel machen.

Einen Tag nach Trumans Rede erklärte ein Vertreter des englischen Foreign Office, die englische Regierung beabsichtige, „Präsident Harry Trumans Hinweisen auf die Entwicklung unterentwickelter Gebiete besondere Beachtung zu schenken“, und Trumans Erklärung in diesem Zusammenhang entspreche „in höherem Maße ... der Politik Englands“.

Fünf Tage später rief Bevin in der Londoner Assoziation der Auslandsjournalisten aus:

„Wir begrüßen Trumans Ausspruch! ... Wir werden all unser Wissen, unsere Fähigkeiten und Ressourcen vereinen und zusammen tun!“

Es ist möglich, daß die regierenden Kreise Englands darauf rechnen, mit Hilfe des USA-Kapitals ihr zerfallendes Kolonialreich retten zu können. Im Grunde genommen aber unterschreiben sie mit der überstürzten Annahme des neuen Trumanplans das Todesurteil dieses Kolonialreichs.

Die konservative englische Zeitung „Observer“ schrieb am 9. Januar über die Lage im Nahen Osten:

„Seitdem sind die USA und nicht England zu der Macht geworden, von der die Sicherheit dieses wichtigen Gebiets“ (des Nahen Ostens) „hauptsächlich abhängt. Unser ... Einfluß ... kann nur wiederhergestellt werden, wenn wir mit den Amerikanern zusammen, nicht ihnen entgegenarbeiten. In der augenblicklichen Situation ... ist es gar nicht so schlecht, wenn wir auf einige Zeit im Nahen Osten weniger in Erscheinung treten ... Mit der Zeit können wir vielleicht Englands — zweitrangige aber immer noch einflußreiche — Stellung im Nahen Osten wiederherstellen.“

Mit andern Worten, es wird England vorge schlagen, die Hegemonie im Nahen Osten an die USA abzutreten und sich mit der zweitrangigen Rolle ihres „Juniorpartners“ zu begnügen, da England allein, ohne amerikanische Hilfe, mit der wachsenden Befreiungsbewegung der nahöstlichen Völker nicht fertig werden kann. Eigentlich kommen Attlee und Bevin diesem Ratschlag auch nach. Gerade auf dieser Grundlage wurde Mitte Januar eine englisch-amerikanische Abmachung über nahöstliche Angelegenheiten erzielt.

Aber das USA-Kapital gibt sich mit dem Nahen Osten allein nicht zufrieden. Es beabsichtigt, diese eigenartigen Formen der „Zusammenarbeit“ auf das ganze Britische Reich, auf alle Kolonialreiche überhaupt, auf alle rückständigen, von den

europäischen Mächten abhängigen oder halb-abhängigen Staaten Asiens und Afrikas auszu dehnen.

\* \* \*

Das Vordringen der USA-Monopole in Kolonien der europäischen Mächte vollzieht sich schon seit geraumer Zeit.

In Indonesien betätigt sich das USA-Kapital seit 1922, einer Zeit, wo die Rockefellerfirma Standard Oil Company die Beteiligung an der Erschürfung der Erdölvorkommen auf Sumatra durchsetzte. Gegenwärtig besitzen die Rockefellergesellschaften in Indonesien Hunderte von Ölquellen und eine Reihe von Ölraffinerien. Die Gesamtfläche der amerikanischen Kautschukplantagen in Indonesien beläuft sich auf eine Million Acre, von denen hunderttausende den Firmen Goodrich Rubber Company und United States Rubber Company gehören. Außerdem kaufen amerikanische Firmen fast den gesamten Kautschuk der holländischen Plantagenbesitzer auf. Die USA-Monopole haben einen Plan für die „wirtschaftliche Wiederherstellung“ Indonesiens, d. h. für eine Anpassung des Landes an ihre Interessen, ausgearbeitet. Als die USA Holland eine Anleihe laut Marshallplan gewährten, verlangten sie dafür von der holländischen Regierung ungehinderten Zutritt zu den indonesischen Rohstoffen. Die USA-Monopole eignen sich die Nickelgruben auf Celebes an, sie besetzen neue Erdölgebiete auf Sumatra, Borneo und Neuguinea, sie führen Zinn und Blei von Billiton und Bangka aus.

Die amerikanische Luftflotte macht kartographische Aufnahmen von Indonesien, nicht nur zu militärischen Zwecken, sondern auch zur Feststellung neuer Erdölgebiete. Auf Java, Borneo und Celebes sowie auf Neuguinea haben sich die amerikanischen Luftfahrtgesellschaften Flugplätze angelegt. Die amerikanischen Kapitalanlagen in Indonesien steigen von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1946 betrugen sie nicht einmal 10 Prozent aller dortigen ausländischen Kapitalanlagen. Jetzt machen sie 40 Prozent aus, sind doppelt so hoch wie die englischen und betragen das Zweieinhalbfache der holländischen Kapitalanlagen.

Die Wirtschaftsexpansion steht in engem Zusammenhang mit aktiver Hilfe der USA an den holländischen Imperialismus in dessen Kampf gegen die Indonesische Republik, mit ihrer eigennützigen „Vermittlerschaft“, die darauf abzielt, die Unabhängigkeit des indonesischen Volkes zu vernichten. Seitdem die USA-Monopole in Indonesien festen Fuß gefaßt haben, betrachten sie dieses Land als ein Sprungbrett für das Vordringen in andere Länder Südasiens — in Malaya, Vietnam, Birma, Indien und Pakistan.

In den französischen Kolonien haben sich die USA-Monopole schon während des zweiten Weltkriegs festgesetzt. Gleich nach der Landung der alliierten Truppen in Nordafrika machten sich USA-Gesellschaften in Algerien, Tunis und Marokko auf die Suche nach Erdöl. Wie der Pariser Korrespondent der „New York Times“ am 19. Januar d. J. meldete, wird die USA-Firma Gulf Oil Corporation in Kürze eine Erdölkonzession in Tunis erhalten. USA-Monopole kaufen die Aktien französischer Kolonialunternehmungen auf, von denen viele heutzutage nur noch dem Namen nach französisch sind.

In Französisch-Marokko kontrollierten die USA-Firmen Newmont Mining Corporation, St. Joseph Lead Company und Mines Incorporated im Jahre 1947 etwa 50 Prozent der Bleiausbeute. Das USA-Kapital benutzt Liberia als Stützpunkt, um neue Wirtschaftspositionen in Französisch-West- und Äquatorialafrika zu besetzen. Diese Wirtschaftsexpansion ist von einer Festigung der militärischen Stellungen der USA begleitet, die das Netz ihrer Truppen-, Marine- und Luftflottenstützpunkte auf dem Territorium des Französischen Bundes nach dem Krieg nicht nur behalten, sondern noch bedeutend ausgebaut haben.

Der USA-Imperialismus hilft seinem französischen Blutsbruder beim Kampf gegen das Volk von Vietnam. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist die Mission des Kriegsbrandstifters William Bullitt, der Vietnam Ende 1947 aufsuchte, um dort der amerikanisch-französischen Marionette, Kaiser Bao Dai, wieder auf den Thron zu verhelfen. Dieser Plan, der auch jetzt von den amerikanischen Imperialisten und ihren französischen Trabanten mit Nachdruck gefördert wird, hat das Ziel, Vietnam faktisch in eine USA-Kolonie zu verwandeln und die Rohstoffressourcen des Landes, in erster Linie den Kautschuk, sowie die transindochinesische Eisenbahn mit Beschlag zu legen.

Seit dem zweiten Weltkrieg schaltet und waltet das USA-Kapital in Belgisch-Kongo, führt von dort die gesamte Ausbeute an Uranerz aus und kontrolliert die Zinn- und Kupfergruben.

Die USA-Gesellschaft Gulf Oil Corporation erhielt vor kurzem eine Erdölkonzession in Portugiesisch-Ostafrika.

Anfang vorigen Jahres bekamen die USA einen Luftflottenstützpunkt in der ehemaligen italienischen Kolonie Libyen. Der Befehlshaber der USA-Marine im Mittelmeer, Admiral Sherman, verhandelte mit Franco wegen Übergabe von Stützpunkten in Spanisch-Marokko und auf den Kanarischen Inseln, sowie wegen Schaffung befestigter Gebiete der USA und der Möglichkeit der Landung amerikanischer Truppen in diesen spanischen Kolonien.

In den britischen Kolonien kämpfen die USA erfolgreich mit England um die Vorherrschaft im Handel. Im Jahre 1947 erreichte der Wert der aus den USA in die Länder des Britischen Reiches (außer Großbritannien selbst) eingeführten Waren 3,9 Milliarden Dollar, während die Einfuhr aus England nur 2,3 Milliarden Dollar ausmachte. In Nordrhodesia und in Britisch-Südwestafrika haben USA-Firmen einen Teil der Kupfergruben aufgekauft. In der Südafrikanischen Union erwarben Amerikaner eine Reihe von Chromgruben. In dem britischen Protektorat Kuweit (Arabien), wo 15 Prozent der Erdölvorkommen der Welt konzentriert sind, besitzen die Amerikaner die Hälfte der Aktien der Kuwait Oil Company. Auf Zypern haben die USA einen erstklassigen Militärstützpunkt erhalten. Gegenwärtig beabsichtigen amerikanische Firmen, eine besondere „afrikanische Gesellschaft“ für die Ausbeutung der Naturschätze der afrikanischen Kolonien zu gründen.

Nicht minder nachdrücklich entfalten die USA-Monopole ihre Expansion in formal unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas und verdrängen England dort von den herrschenden Positionen.

In Saudisch-Arabien erhielten die Firmen The Texas Company und Standard Oil Company of California schon 1933 eine Monopolkonzession auf Erdölgewinnung. Noch vor dem zweiten Weltkrieg bekam das amerikanische Saudi Arabian Mining Syndicate eine Konzession auf Gewinnung von Gold und anderen Bodenschätzen des Landes (außer Erdöl). Die Amerikaner bauen im Lande Flugplätze, Häfen, Eisenbahnen und Rollbahnen. Im vorigen Jahr bekam die Firma American Independent Oil Company eine Konzession auf die Erdölvorkommen der neutralen Zone zwischen Saudisch-Arabien und Kuweit.

Die Türkei ist seit Proklamierung der sogenannten Trumandoktrin im März 1947 nicht nur in ein militärstrategisches Aufmarschgebiet der USA, sondern auch in eine Sphäre der amerikanischen Wirtschaftsexpansion verwandelt worden. Die USA, die die türkische Armee mit Waffen beliefern und sie gänzlich unter ihre Kontrolle nehmen, das Land mit ihren Militärmissionen überschwemmen und militärische Stützpunkte an sich bringen, haben gleichzeitig möglichst günstige Voraussetzungen für ein ökonomisches Vordringen in der Türkei geschaffen. Im Mai 1947 hob die Regierung von Ankara sämtliche Einschränkungen auf, die das Vordringen des USA-Kapitals und amerikanischer Waren im Lande eindämmten, und gestattete den USA-Firmen die unbegrenzte Ausfuhr der Gewinne. Die amerikanischen Gesellschaften machten sich energisch daran, die Naturschätze der Türkei — Erdöl, Kohle, Eisen, Chrom, Kupfer, Blei,

Schwefel u. a. — festzustellen. Gegenwärtig suchen sie Erdölkonzessionen in einer Reihe von Gebieten des Landes durchzusetzen. Amerikanische Firmen haben das Land mit ihren Waren überschwemmt, Überseebanken haben dort eine Reihe von Filialen eröffnet. Die Türkei hat von der American Export-Import Bank eine Anleihe von 25 Millionen Dollar erhalten, ferner laut Trumandoktrin Waffen im Werte von mehr als 100 Millionen Dollar, und laut Marshallplan sind ihr 10 Millionen Dollar zugesagt. Das amerikanisch-türkische Abkommen über „Hilfe“ vom Juli 1947 und das Abkommen über „Wirtschaftszusammenarbeit“ vom Juli 1948 erleichtern die Expansion des USA-Kapitals, die die türkische Volkswirtschaft mit einer wahren Katastrophe bedroht.

In Iran bemühten sich amerikanische Erdölfirmen schon vor dem Kriege um Konzessionen. Im Jahre 1946 schlossen zwei Rockefellerfirmen, Standard Oil Company of New Jersey und Socony-Vakuum Oil Company, mit der Anglo-Iranian Oil Company einen Vertrag, wonach diese sich verpflichtet, ihnen 20 Prozent ihrer Produktion zu liefern. Jetzt suchen sie ihren Anteil auf 40 Prozent zu erhöhen.

Amerikanische Erdölmonopole erhielten 1932 eine Erdölkonzession auf den Bahrein-Inseln, die früher Iran gehört hatten und dann britisches Protektorat geworden waren. Die USA-Diplomatie schürt geschickt die englisch-iranischen Gegensätze wegen der Bahrein-Inseln, um den Einfluß Englands in Iran zu schwächen und den eigenen zu stärken.

Die USA, die Iran mit ihren Militär- und Polizeiratgebern überschweben und die Kontrolle über die Armee, Gendarmerie, Rüstungsindustrie, die Truppenstützpunkte und befestigten Gebiete Irans übernommen haben, mischen sich beständig in die inneren Angelegenheiten des Landes ein und helfen der reaktionären regierenden Clique bei der Bekämpfung der wachsenden demokratischen Kräfte. Diese militärischen und politischen Maßnahmen erleichtern die amerikanische Wirtschaftsexpansion. USA-Sachverständige haben einen sogenannten „Siebenjahrplan für die Rekonstruktion Irans“, einen Plan zur Anpassung der Wirtschaft dieses Landes an die Interessen der USA-Monopole ausgearbeitet und nehmen augenblicklich seine Durchführung in Angriff.

In Afghanistan bekommt die USA-Firma Morrison Knudson Company die Erdölvorkommen im Gebiet Herat, die Gold- und Silbervorkommen bei Kandahar, die Chromerzlager im Bezirk Logar in Konzession und erhält das Recht auf den Bau zweier Flugplätze zuerkannt. Die Verhandlungen über diese Konzession, die Ende vorigen Jahres stattfanden, stießen, wie das Blatt

„Kiyam-e Iran“ meldet, auf den Protest der englischen Regierung.

In Ägypten befaßt sich eine amerikanische Gesellschaft gemeinsam mit einem englischen Monopol mit der Erschürfung der reichen Erdölvorkommen der Sinai-Halbinsel. Amerikanische Geschäftsleute verhandeln mit dem Vatikan und französischen Aktionären über den Ankauf von Sueskanal-Aktien. Ihr Vertreter Pinkney Tuck, ehemaliger USA-Botschafter in Ägypten, ist in die Verwaltung der Sueskanal-Gesellschaft aufgenommen worden. Im Herbst 1947 unterzeichnete die ägyptische Regierung Kontrakte mit einer Reihe amerikanischer Firmen über sogenannte „technische Hilfe“. Diesen Vereinbarungen gemäß soll in Ägypten eine Reihe amerikanischer und gemischter amerikanisch-ägyptischer Industriebetriebe gebaut werden.

In Syrien und im Libanon bekamen USA-Monopole eine Reihe von Konzessionen für den Bau einer Erdölleitung, mehrerer Erdölraffinerien, einer Kraftwagen-Montagefabrik und anderer Betriebe.

In Palästina machten die amerikanischen Kapitalanlagen 1945 einen Betrag von 150 Millionen Dollar aus. Gegenwärtig stellt die American Export-Import Bank dem Staate Israel eine Anleihe von 100 Millionen Dollar zur Verfügung.

Im Irak und in Transjordanien streben die USA-Monopole Vergrößerung ihres Anteils an den Aktien und Gewinnen der Iraq Petroleum Company an. Außerdem wird eine USA-Anleihe für ausgedehnte Bewässerungsarbeiten in diesen Ländern in Erwägung gezogen.

In Äthiopien verschaffte sich die USA-Gesellschaft Sinclair Oil Corporation im September 1945 eine Erdölkonzession. Im Jahre 1947 erhielt Äthiopien eine amerikanische Anleihe von 3 Millionen Dollar. USA-Firmen haben die Luftfahrtverbindungen zwischen Äthiopien und andern Ländern monopolisiert. Die Staatsämter Äthopiens werden von amerikanischen Ratgebern geleitet. Vor kurzem besuchte John Rockefeller, der amerikanische Finanz- und Erdölkönig, das Land.

Der Dollarimperialismus hat seine Expansion in den Kolonien anderer Staaten und in den abhängigen halbkolonialen Ländern schon seit langer Zeit entfaltet. Folglich ist der neue Trumanplan eigentlich keine Neuheit. Er ist darauf berechnet, die bestehende Praxis der amerikanischen Kolonialexpansion zu verankern und ihren Maßstab bedeutend zu erweitern.

Der Plan hat nicht nur den Zweck, den USA-Monopolen neue Sphären für Kapitalanlagen, neue Quellen kolonialer Überprofite zu erschließen, sondern auch wertvolle Quellen strategisch wichtiger Rohstoffe, die in den Kolonien der europäischen Mächte vorhanden sind.

Schon vorigen Herbst regte die Abteilung für strategisch wichtige Rohstoffe bei der USA-Administration für wirtschaftliche Kooperation an, amerikanische Sachverständige in die englischen Kolonien zu entsenden, um dort neue Rohstoffquellen ausfindig zu machen. Dieser Plan wurde als amerikanische „Hilfe“ an England bei der Entwicklung seiner Kolonien, als ein Programm der „gemeinsamen“ Ausbeutung der britischen Kolonialressourcen hingestellt. Die Verhandlungen über diese Frage dauerten bis zur allerletzten Zeit, wobei die USA-Vertreter, die auf freien Zutritt der USA-Kapitalien zu den Kolonien Englands bestanden, darauf hinwiesen, daß die Rohstoffquellen dieser Kolonien gegenwärtig nicht genügend ausgenutzt werden und daß für eine wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ihre verstärkte Erschließung notwendig sei.

\* \* \*

Somit hat man bei dem geplanten weitgehenden Vordringen der USA-Kapitalien in den Kolonien der Staaten der Westlichen Union und in den formal unabhängigen Staaten Asiens und Afrikas ganz bestimmte materielle Ziele im Auge. Dennoch suchen die Urheber dieses Plans, um ihre Gelüste vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, sie mit allen möglichen hochherzigen Motiven zu bemänteln. Sie schwatzen von ihrer „zivilisatorischen Mission“, von der Notwendigkeit, die rückständigen Länder „in ihrer Entwicklung zu fördern“, d. h. sie wiederholen alles das, was die Vertreter des „alten Imperialismus“ in solchen Fällen zu sagen pflegten.

Bevin gab in seiner begeisterten Rede über den Trumanplan zu, daß England den Völkern der Kolonien nichts gebracht hat als Elend (oder, wie er sich delikate ausdrückt: „Die Wohltaten unserer Errungenschaften wirkten sich nicht in angemessener Weise auf das Leben der Völker durch Hebung ihres Lebensstandards aus“). Aber er äußerte die Hoffnung, daß die Völker der Kolonien mit Hilfe der amerikanischen Kapitalien einen „hohen Lebensstandard und das Glück“ erlangen werden.

Noch mehr, die Apostel der amerikanischen Kolonialexpansion, die jedes Anstandsgefühl verloren haben, posaunen aus, sie hätten die Absicht, das Lebensniveau der Kolonialvölker zu heben, um „den Übergang dieser Völker auf die Seite des Kommunismus zu vereiteln“.

Also auch hier folgen die neuen Weltherrschaftsanwärter sklavisch ihren schmählich durchgerasselten Vorgängern auf dem Fuße: ihre Ansprüche auf die Weltherrschaft verstecken sie hinter dem fadenscheinigen Banner des „Antikommunismus“. Aus diesen verlogenen Argumenten hört man jedoch die ernstliche Beunruhigung

der Imperialisten über die gewaltigen Erfolge der demokratischen Kräfte in den Kolonien und abhängigen Ländern heraus.

Als krasses Beispiel für das zweifelhafte „Glück“, das die amerikanischen „Zivilisatoren“ den Völkern der rückständigen Länder bescherten, kann die ungeheuerliche Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben des amerikanischen Erdölmonopols in Saudisch-Arabien, der sogenannten Aramco dienen.

Die Arbeiter der Aramco haben nur acht arbeitsfreie Tage im Jahr. Sie leben in Hütten aus Lehm oder Palmblättern. Selbst der Bau armseliger Arbeiterkasernen dauert jahrelang. Im Jahre 1947 hatte die Gesellschaft einen Gewinn von 68 Millionen Dollar, die 20 000 Arbeiter aber erhielten im Jahr kaum den zwanzigsten Teil dieser Summe. Die amerikanischen „Zivilisatoren“ sorgen in Arabien für die Aufrechterhaltung barbarischer mittelalterlicher Sitten. Im Gebiet der Konzession treibt der Sklavenhandel üppige Blüten, Arbeiter, die es wagen, Musik zu hören, ein Kino zu besuchen oder sich andere Wohltaten der Zivilisation nutzbar zu machen, werden ausgepeitscht. Im Gebiet der Konzession wird die barbarische Sitte aufrechterhalten, „Gesetzesbrechern“ die Hände abzuhacken. Die Amerikaner haben diese mittelalterliche Folter modernisiert. Jetzt wird das Hackmesser des Henkers im Krankenhaus der Aramco steril aufbewahrt, und ein amerikanischer Chirurg vernäht den Opfern die Wunden an den Armstümpfen.

Die Arbeiter der Aramco stehen unter der Aufsicht einer Sonderpolizei. Äußert ein Arbeiter seine Unzufriedenheit, so wird er verprügelt oder von der Arbeit fortgejagt. Gewerkschaftsorganisationen sind in den Betrieben der Konzession verboten. Die Arbeiterbewegung wird verfolgt.

Ebenso rücksichtslos werden die Werktätigen auf den Philippinen, dieser USA-Kolonie, die das Aushängeschild der „Unabhängigkeit“ trägt, ausgebeutet.

Die Methoden, mit denen die USA-Monopole in den Ländern Lateinamerikas wirtschaften, sind weit und breit bekannt. Auf seiner Jagd nach Überprofiten unterwirft der Dollarimperialismus die Völker dieser Länder einer hemmungslosen Ausbeutung. Die lateinamerikanischen Republiken umstrickt ein Netz allseitiger wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von der Wall Street.

Jetzt gehen die USA-Monopole auf ihrer Jagd nach „gutem Busineß“ auf alle Kolonien der Welt los, nach dem neuen Plan, mit dessen Hilfe die amerikanische „Zivilisation“ diesen Ländern aufgefropft werden soll.

Man kann schon jetzt voraussehen, daß dieser Plan auf die scharfen Gegensätze zwischen den expansionshungrigen USA und den Interessen

der anderen Kolonialmächte stoßen wird. Bevins Bereitschaft, die Befehle der Wall Street auszuführen, bedeutet noch keineswegs, daß keine ernstesten objektiven Gegensätze zwischen den Teilnehmern des englisch-amerikanischen Blocks vorhanden sind.

Dieser Plan wird auf den hartnäckigen Widerstand der unterdrückten Völker Asiens und Afrikas stoßen, deren nationales Selbstbewußtsein

nach dem zweiten Weltkrieg unermeßlich gewachsen ist. In dem Bestreben, diese Völker auszu-beuten und ihre nationale Befreiungsbewegung zu unterdrücken, steigert der USA-Imperialismus durch seine Expansionspolitik gewaltig ihre Unzufriedenheit, veranlaßt sie zu entschlosseneren Kampfmethoden und verschärft damit in noch höherem Maße die allgemeine Krise des Kapitalismus und seines Kolonialsystems.

## Über eine Fälschung der neuzeitlichen Sklavenhalter

L. SEDIN

**D**IE FÜHRER der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL) sind längst nebenberuflich als Beamte im Sonderauftrag des USA-Staatsdepartements tätig. Jedesmal, wenn die offiziellen Vertreter der USA-Diplomatie aus irgendwelchen Gründen nicht in Erscheinung treten wollen, kommen die Herrschaften aus der Clique Green auf den Schauplatz, denen kein Auftrag der USA-Monopole zu halsbrecherisch oder zu schmutzig ist, besonders wenn die Möglichkeit besteht, sich auf antisowjetischem Gebiet hervorzutun.

Am 15. Februar wurde das Dienstregister der AFL-Führer durch eine neue Provokation ergänzt. Ein Vertreter der AFL gab im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO eine verleumderische Erklärung über „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion ab. Als habe sie nur auf dieses Signal gewartet, eröffnete die Presse der Monopole aus diesem Anlaß unverzüglich eine lärmende Antisowjetkampagne. Wie es in solchen Fällen zu sein pflegt, wimmelte es auf den ersten Seiten der Zeitungen von den Namen aller möglichen „Zeugen“, „Augenzeugen“ und „Sachverständigen für russische Angelegenheiten“ — diesmal hauptsächlich Namen von Personen mit einer kriminellen Vergangenheit.

Die von der AFL eingereichte „Denkschrift“ selbst fußt auf Aussagen von Leuten, die als dunkle Elemente bekannt sind und die die AFL-Agenten in europäischen und überseeischen Spunken aufgelesen haben. Dienstfertige amerikanische Notare ließen einige solche Abenteurer vereidigen und beglaubigten ihre Fälschungen. Darauf erschien wieder einmal ein Lügendokument auf der Bildfläche, dem nur solche Leute Glauben

schenken können, die sehr gern betrogen sein wollen.

Die englisch-amerikanische Presse sparte keine Mühe, um die Schmähschriftverfasser aus der AFL als Vorkämpfer der Humanität, Rechtlichkeit und Gerechtigkeit hinzustellen. Die Hast, die gewisse Teilnehmer dieser neuen Antisowjetfarce an den Tag legten, verdarb die ganze Aufführung. Willard L. Thorp, ein Vertreter des Staatsdepartements, schoß, in dem ungeduldigen Wunsche, die Fälschung über die „Zwangsarbeit“ möglichst rasch in Umlauf zu bringen, täppisch übers Ziel hinaus und verriet, alle Vorsicht vergessend, die wahren Initiatoren der ganzen Mache. Schon am 14. Februar — einen Tag, bevor die unglückselige „Denkschrift“ der AFL dem Rat in aller Form eingereicht wurde — gab Thorp eine Erklärung ab, in der er ungewollt die vom Staatsdepartement verfolgten Zwecke enthüllte. Thorp unterstützte uneingeschränkt die niederträchtigen Lügenmärchen der AFL und verlangte, die Sowjetunion solle eine besondere „internationale Kommission“ zwecks Untersuchung der Sachlage ins Land lassen.

Bekanntlich findet kriminelles Gelichter, darunter Kriegsverbrecher, die Hitler mit Leib und Seele dienten und sich durch Verrat an ihrem Volk besudelten, bei den amerikanischen Beamten, die in diesem Abschaum der Menschheit ausgezeichnetes Material für politische Provokationen erblickten, herzlichste Aufnahme.

Die „Denkschrift“ der AFL, von der Mister Thorp sagte, sie stamme aus maßgebender Quelle und sei durch gewichtiges Beweismaterial unterbaut, ist auf Grundlage von Aussagen eben solcher Leute zusammengestellt. Ohne mit der Wimper

zu zucken, unterschrieben sie die Wische, die das Staatsdepartement rechtzeitig vorbereitet hatte.

Übrigens hat Mister Thorp, als er Argumente für seine Hirngespinnste anzuführen suchte, selbst gezeigt, wie maßgebend die Angaben des Staatsdepartements sind. Thorp brachte es z. B. fertig, eine Sowjetzeitschrift „Obsor ekonomitscheskoi statistiki“ zu zitieren. Das hätte er lieber bleiben lassen sollen, aus dem einfachen Grunde, weil eine solche Zeitschrift in der Sowjetunion nie existiert hat.

Die Verleumder aus der gewerkschaftlichen Filiale des Staatsdepartements steigern das Geschrei über „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion und glänzen dabei weder durch Phantasie noch durch Originalität. Die jetzige antisowjetische Verleumdungskampagne ist nur eine ungeschickte Wiederholung der früheren.

Fabeln von „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion werden von den Feinden des Sozialismus und der Demokratie in ihrem Kampfe gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt nicht erstmalig verwertet. Vor ganz kurzer Zeit noch wurden derartige Fabeln von der Hitlerpropaganda in Massen produziert. Man kann sich aber auch an die marktschreierische Kampagne gegen „Zwangsarbeit“ erinnern, die die Imperialisten zu Anfang der dreißiger Jahre im Zusammenhang mit dem sogenannten „Sowjetdumping“ durchführten. Blättert man heute in den vergilbten Zeitungen dieser Jahre, so überzeugt man sich mit eigenen Augen, daß die englisch-amerikanischen Imperialisten und ihre Handlanger in den letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnten wenig zugerlernt haben.

Der ganze Unterschied besteht darin, daß damals die Verleumdungskampagne gegen „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion von dem englischen Erdölkönig Deterding dirigiert wurde, der darauf aus war, unter der Flagge der „Humanität“ das sowjetische Erdöl vom Weltmarkt zu verdrängen, sowie von amerikanischen Holzindustriellen, denen der Holzexport der Sowjetunion angst und bange gemacht hatte. Heute sind die Herren Thorp und Mayhew an ihre Stelle getreten, die als Handlanger der englisch-amerikanischen Monopole vorgehen. Damals wollte man durch böswillige Verleumdung einen passablen Vorwand für einen Wirtschaftsboykott gegen das Sowjetland finden. Heute stecken sich das Staatsdepartement und das Foreign Office noch weitergehende Ziele.

Die englisch-amerikanischen Imperialisten sind ernsthaft beunruhigt von dem Eindruck, den die jüngsten internationalen Ereignisse auf die ganze Welt machten, durch die die Politik der regierenden Kreise der USA und Englands als eine Politik der Aggression und der Entfesselung eines neuen

Krieges enthüllt wurde. Sie sind beunruhigt durch die zunehmende Popularität und Autorität der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, die sich durch ihren opferwilligen Kampf für den Frieden und die folgerichtige Wahrung der Prinzipien einer ehrlichen internationalen Zusammenarbeit die Sympathien der Volksmassen aller Länder erworben haben. Durch die Lügen von einer „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion suchen die Reaktionäre nach Möglichkeit den Einfluß zu lähmen, den die Erfolge beim Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion, die Erfolge des Sozialismus und der Demokratie in Mittel- und Südosteuropa auf die Hirne von Millionen ausüben.

Aber das ist noch nicht alles. Es werden auch unmittelbar praktische Ziele verfolgt, die mit dem imperialistischen Programm der Vorbereitung eines neuen Krieges zusammenhängen. Die hartnäckigen Forderungen Thorps nach Entsendung einer „internationalen Kommission“ in die Sowjetunion verraten die Ungeduld des amerikanischen Spionagedienstes, der Informationen über eine Reihe von Gebieten des Sowjetstaats zu sammeln wünscht. Das hochtrabende Gefasel der englisch-amerikanischen Vertreter über so edle Dinge wie Humanismus, Recht und Gerechtigkeit kann niemand täuschen. Am Beispiel der Balkan- und der Koreakommission hat die Welt bereits gesehen, was eine „internationale Kommission“ in der Sprache des USA-Staatsdepartements bedeutet.

Aber die Sowjetunion hat es nicht nötig, sich in Recht und Humanität unterweisen zu lassen von Vertretern der kapitalistischen Welt, die diese erhabenen Begriffe längst in den Staub getrampelet haben.

Im Sowjetland hat man nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß Zwang zu gesellschaftlich nützlicher Arbeit hier nur gegenüber einer kleinen Kategorie von Personen angewandt wird, die Verbrechen gegen die Gesellschaft und Verstöße gegen die Sowjetgesetze abbüßen. Diese Maßnahme wird zu erzieherischen Zwecken getroffen. Für die Gefangenen in Anstalten zur Besserung durch Arbeit gilt der Achtstundentag, und das Arbeitssoll ist nicht höher als für freie Lohnarbeiter. Die Gefangenen haben ihre garantierte Ration, und sie erhalten Lohn für ihre Arbeit.

Mister Thorp als Amateurschauspieler sprach in dramatischer Pose von einem „Geheimnis“, das angeblich die Anstalten zur Besserung durch Arbeit in der Sowjetunion umgibt. Damit hat er aber nur seine tatsächliche oder gespielte Unwissenheit bezeugt. Noch in den dreißiger Jahren nahmen zahlreiche Sowjetschriftsteller auf Anregung des großen Maxim Gorki tiefen Einblick in das Leben in solchen Lagern und berichteten in einer umfangreichen gemeinsamen Schrift

von den ausgezeichneten Ergebnissen der „Umformung“ verbrecherischer Elemente durch Arbeit zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft. Der Prozeß der Umerziehung von Menschen mit Hilfe der Arbeit lenkte das Augenmerk der Sowjetdramatiker und Sowjetfilmleute auf sich, die bedeutende Werke mit diesem Thema schufen. Von was für einem „Geheimnis“ kann also nach alledem die Rede sein?

\* \* \*

Die Anstifter der neuen Verleumdungskampagne gegen „Zwangsarbeit“ werden es sicher bald bereuen, nach diesem für sie so gefährlichen Thema gegriffen zu haben. Dadurch, daß sie es berührten, sind sie dem Prinzip untreu geworden, im Hause des Gehängten nicht vom Strick zu reden. Der Kontrast zwischen der Lage der Werktätigen in der Sowjetunion und in den kapitalistischen Ländern ist so groß, daß ein bloßer Vergleich zwischen den Verhältnissen hier und dort wie ein Schuldspruch über das ganze kapitalistische System klingt.

Im Sowjetlande, wo die Produktionsmittel Volkseigentum sind, ist die Arbeit des Menschen wirklich frei, denn sie dient nicht der Bereicherung eines Häufleins von Kapitalisten, sondern dem Wohl der gesamten Gesellschaft und jedes einzelnen ihrer Mitglieder. Unter den Verhältnissen des Sozialismus ist für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kein Raum. Es ist nun bald zwanzig Jahre her, daß die Sowjetbürger vergessen haben, was Arbeitslosigkeit ist. Unablässig wächst der Wohlstand des Volkes, das die Früchte seiner Hände Arbeit wie ein guter Hausherr genießt. Ein allumfassendes System der staatlichen Sozialversicherung ist geschaffen, das die Sowjetarbeiter und -angestellten vor allen Wechselfällen des Lebens sicherstellt, denen der schaffende Mensch in den Ländern des Kapitalismus ausgesetzt ist.

Was kann das verrottende kapitalistische System, das die breiten Volksmassen in die schweren Ketten der Lohnsklaverei geschmiedet hat, allen diesen wohlbekannten und geprüften Tatsachen gegenüberstellen? Von was für einer „Freiheit der Arbeit“ kann, sagen wir, in den USA mit ihren drakonischen Arbeitsgesetzen, mit ihren Verfolgungen gegen die Gewerkschaften, mit ihrer fast 9 Millionen zählenden Armee von Teil- und Vollarbeitslosen die Rede sein? Die gepriesene „Freiheit der Arbeit“ hat sich in diesem Lande schon längst als die völlige Freiheit für die Unternehmer erwiesen, ihren Lohnsklaven alle Säfte auszupressen oder sie, wenn die Schwankungen der Marktkonjunktur es so wollen, auf die Straße zu setzen. Ist es etwa z. B. in Italien besser, wo die Zahl der Arbeitslosen zweieinhalb

Millionen übersteigt und wo die regierenden Kreise darauf ausgehen, dieses Problem durch Verpachtung der in der italienischen Volkswirtschaft unverwendbaren Arbeitskräfte an fremde Staaten zu lösen?

Der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO könnte ein Liedchen von der neuzeitlichen Sklaverei singen, er wüßte schon, wohin er seine Kommissionen entsenden sollte, wenn seine Mehrheit sich nicht beeilt hätte, die Erörterung der Frage der Zwangsarbeit für Antisowjetpropaganda auszuschlachten. Die Presse der Monopole schweigt sich über die ungeheuerlichen Zustände in den Kolonien der imperialistischen Länder aus, wo die furchtbarsten Überreste der Sklaverei und des Sklavenhandels erhalten geblieben sind. Die käuflichen Führer der AFL erwähnen z. B. mit keinem Wort die Verwendung von Afrikanern zur Sklavenarbeit in den Urangruben von Belgisch-Kongo, deren Erze in die Atomwerke der USA wandern. Der Vertreter Englands, Mister Mayhew, tut, als wüßte er nichts von den mit Stacheldraht umgebenen „Compounds“ in Südrhodesia und anderen afrikanischen Kolonien Großbritanniens, das Zehntausende von Bewohnern Afrikas zu seinem Arbeitsvieh gemacht hat. Mister Thorp, der erklärt, die Sklavenarbeit sei eine „nicht zu duldende Form der Erniedrigung des Menschen“, schweigt sich darüber aus, daß sich im Japan MacArthurs nach wie vor die barbarische Sitte erhalten hat, Kinder und Halbwüchsige an Textilfabriken zu verkaufen.

Die Kolonialkriege, die die Imperialisten jetzt in Indonesien, Malaya und Birma führen, sind im Grunde genommen ein Kampf für die Aufrechterhaltung der überlebten Formen der Sklaverei. Die wütenden Vorstöße gegen die nationale Befreiungsbewegung in den Ländern der Kolonialwelt sind nicht mehr und nicht weniger als Versuche, das Rad der Geschichte zum Stehen zu bringen und das System der ungeheuerlichsten Sklaverei in aller seiner Abscheulichkeit aufrechtzuerhalten.

Übrigens braucht man nach solchen Beispielen nicht so weit zu suchen. Die Mitglieder des Rates hätten sich nach der Verlesung der AFL-„Denkschrift“ einfach in ihre Autos setzen und, sagen wir, in den Neuyorker Stadtteil Harlem fahren können, wo Hunderttausende von Negern wohnen, denen die amerikanische „Demokratie“ die elementaren Menschenrechte vorenthält. Zwar leben diese Menschen nicht hinter Stacheldraht, aber die unsichtbare Wand der Rassendiskriminierung trennt und isoliert sie von der Außenwelt gründlicher als die höchste Gefängnismauer. Die amerikanische Schriftstellerin Margaret Frances Halsey schrieb in einem Buch über die Negerfrage: „Wir haben die Neger bis 1864

in offizieller Sklaverei gehalten, und wir halten sie seitdem ununterbrochen in nichtoffizieller Sklaverei.“ Vierzehn Millionen Menschen mit dunkler Hautfarbe sind zu einem Elendsdasein verurteilt und werden zur schmutzigsten und schwersten Arbeit gezwungen. Offizielle Erhebungen von 1940 ergaben, daß nur 5 Prozent aller amerikanischen Neger (der Männer) Angestellte waren oder geistige Arbeit leisteten; nur 4 Prozent waren Facharbeiter.

Dabei sind die Neger ja keine Ausnahme. Mexikaner, Juden, Chinesen — selbst solche, die auf amerikanischem Boden geboren sind und angeblich nach der Verfassung eines schönen Tages zum Präsidenten der USA gewählt werden können — sind der rücksichtslosesten Rassendiskriminierung sowohl hinsichtlich des Arbeitslohns als auch hinsichtlich der Berufswahl ausgesetzt.

Und die in der ganzen kapitalistischen Welt verbreitete Zurücksetzung der Frauen, die keinerlei Ausnahmen für irgendwelche Rassen oder Nationalitäten kennt? Haben doch bis auf den heutigen Tag die Frauen in dreißig Ländern der Welt keinerlei Rechte; ihre Arbeit wird bedeutend schlechter bezahlt als die der Männer; viele Berufe sind ihnen versperrt, was sie unweigerlich in eine untergeordnete Stellung versetzt. Kennzeichnend ist, daß die englisch-amerikanischen Vertreter im Wirtschafts- und Sozialrat mit ihrer sowjetfeindlichen Fälschung gerade in dem Augenblick hervortraten, als der Rat sich mit dem Problem gleichen Lohns für Männer und Frauen befaßte und als mit aller Klarheit der Wunsch der Mehrheit seiner Mitglieder zutage trat, in dieser Frage nicht über leere, zu nichts verpflichtende Erklärungen hinauszugehen.

In der Nachkriegszeit suchen die neuzeitlichen kapitalistischen Sklavenhalter in ihren eigennützigen Interessen auch neue Quellen billiger Arbeitskraft zu erschließen. Ungeachtet der in diesem Sinne getroffenen internationalen Vereinbarungen schieben die englisch-amerikanischen Imperialisten die Heimkehr der sogenannten versetzten Personen, die man zu Sklaven der englisch-amerikanischen Monopole machen möchte, nach Möglichkeit hinaus. In zahlreichen Lagern werden bis auf den heutigen Tag Hunderttausende von Menschen festgehalten, die die Hitlerfaschisten seinerzeit gewaltsam von ihrem heimatlichen Herd fortgeschleppt haben. Diese Lager sind zu einer Art Sklavenmarkt inmitten Europas geworden, wo die Sklavenhändler aus den USA, aus Kanada,

Australien und anderen Ländern zusammenkommen, die meinen, aus menschlichem Unglück leichte Profite schlagen zu können.

Die sogenannte Internationale Organisation für Flüchtlingsangelegenheiten ist in Wirklichkeit zu einem riesigen Werbelokal geworden, das den Kapitalisten Arbeitskräfte liefert. Die Verhältnisse, unter denen die versetzten Personen in einer Reihe von Ländern, auch in dem höchst humanen England, leben, unterscheiden sich wenig von den Zuständen in den Konzentrationslagern der Hitlerfaschisten.

Das geht deutlich aus einer Erklärung des Sowjetbürgers Robert Liepin hervor, der im vorigen Jahr aus der englischen Stadt Hastings heimkehrte, wo er in Gipsgruben arbeitete. Er schrieb:

„Wir mußten 60 Meter unter der Erde arbeiten ... unmittelbar vor Ort, wo andauernd gesprengt wurde. Hier gab es keinerlei Ventilation, die Luft war gesättigt von Myriaden Gipsstaubkörnern und von dem ätzenden Rauch des Sprengstoffs. Außerdem mußte man jede Minute darauf gefaßt sein, daß einem das schlecht verzimmerte Gestein in großen, vom Luftdruck beim Sprengen losgerissenen Brocken auf den Kopf fiel. Für diese schwere, gefährliche Arbeit zahlte man uns Ausländern nur halb soviel wie den englischen Arbeitern des gleichen Fachs.“

Welchen Wert hat neben diesem Dokument über die Arbeitsbedingungen der versetzten Personen in England die Musterkollektion sowjetfeindlicher Lügen, die dem Wirtschafts- und Sozialrat von dem USA-Vertreter Thorp und dem englischen Delegierten Mayhew vorgelegt wurde?

So steht die Sache mit der „Zwangsarbeit“ in Wirklichkeit. Die AFL und ihre Inspiratoren aus dem Staatsdepartement erweisen den englisch-amerikanischen Monopolen einen Bärendienst, wenn sie die Öffentlichkeit auf Probleme der neuzeitlichen Sklaverei aufmerksam machen und die Werktätigen der kapitalistischen Länder veranlassen, sich über ihre Lage Gedanken zu machen.

Das auf Sensation berechnete Gezeter über „Zwangsarbeit“ in der Sowjetunion erwartet das gleiche Geschick, das Anfang der dreißiger Jahre die nicht minder böse gemeinte Kampagne der kapitalistischen Presse ereilte, die das gleiche Thema hatte. Diese Lüge wird nur wenige irreführen können. Die Völker haben die Erfahrungen mit der Goebbelspropaganda nicht vergessen: sie werden sich von Goebbels' englisch-amerikanischen Lehrlingen und Nachtretern nicht betrügen lassen.

# Internationale Umschau

(Notizen)

## WAS HINTER DEM GEPLANTEN EUROPÄISCHEN RAT STECKT

Die Mitgliedstaaten des Brüsseler Fünferpaktes — England, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg — begannen gleich nach seiner Unterzeichnung am 17. März 1948 Sorge um die Erweiterung des Rahmens ihrer Westlichen Union an den Tag zu legen. Sie mußten jedoch behutsam zu Werke gehen.

Die Völker wollen keinen Krieg. Sie wollen auch keine militärisch-aggressiven Imperialistenblocks. Die aggressive Zielsetzung der Westlichen Union von fünf Ländern kann schon nicht mehr durch heuchlerische Erklärungen verhüllt werden. Der Anschluß an diesen Block würde in einer Anzahl europäischer Länder einen Sturm der Empörung auslösen.

Aus diesem Grunde griffen die imperialistischen Politiker abermals zu einer erprobten Maskierungsmethode. Schon im Juli 1948, auf einer Beratung der Außenminister der Westlichen Union, beantragte Georges Bidault, der Vertreter Frankreichs, die Schaffung eines europäischen Parlaments, das nicht nur die fünf Länder der Westlichen Union, sondern auch andere europäische Staaten erfassen würde. Damals teilte die Presse mit, die auf Washingtons Anregung von Frankreich ergriffene Initiative habe England zu einer vorsichtigen Haltung veranlaßt. Mehrere Monate lang schachteten Paris und London über diese Frage und gelangten schließlich zu einer Vereinbarung, kraft deren die Teilnehmerstaaten der Westlichen Union im Oktober 1948 eine besondere Körperschaft unter der schwülstigen Bezeichnung „Permanentes Komitee zum Studium und zur Entwicklung einer europäischen Föderation“ geschaffen haben.

Dieses Komitee ist wiederholt zusammengetreten, um alle möglichen Vorschläge und Projekte zu erörtern, es versuchte, sie miteinander zu koordinieren und aufeinander abzustimmen, es veröffentlichte wiederholt alle möglichen Communiqués. Anfang Februar 1949 wurde bekannt, daß die Absicht besteht, im Frühjahr nach Straßburg eine europäische Konferenz einzuberufen, die einen Europäischen Rat ins Leben rufen soll. Es wurde ferner bekannt, daß der Westblock andere westeuropäische Länder, darunter die

skandinavischen Staaten, Italien und Eire, zur Beteiligung an diesem Beginnen einlädt.

Schon am 4. Februar erklärte sich die italienische Regierung durch den Mund ihres Außenministers Sforza bereit, an der Schaffung des Europäischen Rats teilzunehmen. Am 12. Februar gab die Regierung Schwedens, ein paar Tage später auch die Regierung Eires die gleiche Erklärung ab.

Es ist nicht schwer zu durchschauen, welchen Sinn die Bemühungen der Projektmacher der sogenannten europäischen Föderation haben. Sie lassen sich von der recht primitiven Berechnung leiten, die Völker, die den militärisch-politischen Westblock verabscheuen, würden nicht bemerken, wie sie unter dem harmlosen Aushängeschild einer europäischen Föderation in die Bahn aggressiver Abenteuer des bewußten Blocks hineingezogen werden. Soll diese Föderation doch in Worten für alle möglichen ökonomischen, kulturellen und sogar humanitären Probleme Sorge tragen! Es besteht die Absicht, zu diesem Zweck einen „europäischen Ministerrat“ und eine „europäische Konsultativversammlung“ zu schaffen. In Wirklichkeit aber soll alles das nur als ein Deckmantel dienen für die Ausarbeitung militärisch-aggressiver Pläne, für die Vernichtung der Souveränität der europäischen Völker zu Nutz und Frommen der britisch-amerikanischen Weltherrschaftsanwärter im Namen der Vorbereitung neuer militärischer Abenteuer. Es handelt sich somit darum, mittels eines neuen vielversprechenden Aushängeschildes die Völker zu betrügen und sie mit verbundenen Augen in das Fahrwasser der militärischen Abenteuerpolitik Washingtons und Londons hineinzuziehen.

Man muß annehmen, daß diese Berechnung scheitern wird, da die progressiven demokratischen Kräfte der europäischen Völker zweifellos das plumpe Manöver der Aggressionspolitiker durchschauen werden, unter welcher Maske diese auch auftreten mögen.

## VON DER INTEREUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENARBEIT

Am 20. Februar endete in Genf die erste Tagung des Ausschusses für die Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder, auf der die

Vertreter von 27 Ländern anwesend waren. Nicht alle von ihnen waren jedoch von dem Bestreben, den intereuropäischen Warenaustausch zu erweitern, nach Genf geführt worden. Die USA-Delegierten und ihre Nachbeter aus den marshallisierten Ländern waren bestrebt, die Tagung in ein Werkzeug der expansionistischen Politik der Wall-Street-Magnaten zu verwandeln. Vor allem verlangten sie, der Ausschuß, dessen Verhandlungen die Lebensinteressen von Millionen Menschen berührt, solle hinter verschlossenen Türen tagen.

Anders wurden die Aufgaben des Ausschusses von den Vertretern der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie beurteilt. Sie ließen sich von dem Wunsch leiten, Methoden zur Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern auf der Grundlage von Gleichberechtigung, wechselseitigen Vorteilen und Achtung für die Souveränität der einzelnen Länder ausfindig zu machen. Die Erfahrungen, die der Handelsverkehr der osteuropäischen Länder untereinander erbracht hat, zeigen, daß eine solche Zusammenarbeit sich durchaus verwirklichen läßt. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern der Volksdemokratie und der Sowjetunion, aber auch untereinander, erstarken und erweitern sich. Ein weiterer Schritt in der Entwicklung dieser Zusammenarbeit war die Schaffung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Eifrig bemüht sich die Monopolpresse um den Nachweis, die enge Zusammenarbeit der Länder der Volksdemokratie verhindere die Erweiterung des Handels zwischen Ost- und Westeuropa. Die Tatsachen aber widerlegen derartige Erklärungen. Nach den Angaben des UNO-Wirtschaftsausschusses für Europa ist der Umfang des Exports aus den osteuropäischen Staaten nach Westeuropa in den Jahren 1947 und 1948 um fast 50 Prozent gestiegen. Demgegenüber hat sich der Export von Westeuropa nach Osteuropa nicht einmal um 15 Prozent vergrößert. Nach einer Analyse dieser Zahlen mußte Gunnar Myrdal, der geschäftsführende Sekretär des Wirtschaftsausschusses, natürlich konstatieren, daß „die wachsenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern Osteuropas den Warenaustausch mit Westeuropa bisher nicht behindert haben“.

Was steht dann einer Entwicklung der intereuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Wege? Nur die von der USA-Regierung betriebene, gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichtete Diskriminationspolitik. Die USA haben die Ausstellung von

Exportlizenzen selbst für früher von der Sowjetunion angekaufte Ausrüstungen faktisch eingestellt. Noch mehr, gemäß den Bestimmungen des Marshallplans haben sie es auch den westeuropäischen Staaten verboten, mit den Ländern Osteuropas Handel zu treiben.

In den Ausschußdebatten vermochte der USA-Delegierte Porter nicht in Abrede zu stellen, daß seine Regierung eine Diskriminationspolitik treibt. Die Delegierten Dänemarks, Norwegens und einer Anzahl anderer westeuropäischer Länder mußten zugeben, daß diese Politik Tatsache ist.

Selbstverständlich ist die USA-Regierung nicht in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung der osteuropäischen Staaten, deren Erfolge gewaltig sind, durch ihr Vorgehen aufzuhalten. Aber dies Vorgehen erlegt den marshallisierten Ländern Europas zusätzliche Lasten auf. Im Laufe der Verhandlungen der ersten Tagung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich dies sehr anschaulich gezeigt. Nicht zufällig unternahmen die Vertreter der westeuropäischen Staaten dauernd Versuche, sich den Fesseln des amerikanischen Diktats zu entziehen.

Denkwürdig ist, daß es dem Ausschuß trotz der Gegenwehr der USA-Delegation gelang, eine Anzahl nützlicher Beschlüsse zu fassen. Hierher gehört, daß ein Handelsverkehr auf Grund zweiseitiger Abkommen unter den heutigen Verhältnissen als notwendig bezeichnet wird, daß empfohlen wird, zu prüfen, wie die Währung der europäischen Länder für Außenhandelsverrechnungen benutzt werden kann, Methoden ausfindig zu machen, durch die der Außenhandel der europäischen Länder erweitert werden könnte, und einiges mehr.

In letzter Zeit ist eine Anzahl von zweiseitigen Handelsabkommen zwischen einzelnen Ländern West- und Osteuropas geschlossen worden. Anfang d. J. unterzeichneten England und Polen einen auf fünf Jahre befristeten Handelsvertrag, der einen Gesamtwarenaustausch im Werte von 260 Millionen Pfund Sterling vorsieht. Polen und Holland haben sich auf ein Abkommen über gegenseitige Lieferungen im Werte von 22 Millionen Dollar geeinigt. Diese Tatsachen — eine Durchbrechung der von den USA-Imperialisten verhängten Blockade und die auf der Genfer Ausschußtagung offenbar gewordene Zerrissenheit im Lager der marshallisierten Staaten — sind sehr bezeichnend. Sie zeigen, daß es für die Machthaber der westeuropäischen Länder immer schwieriger wird, nach der Pfeife der Wall-Street-Monopole zu tanzen und die Lebensinteressen ihrer Völker zu ignorieren.

## HÖLLENQUALEN

Das von forcierter Aufrüstung angepeitschte amerikanische Wirtschaftsleben verstrickt sich immer mehr in Gegensätze. Es mehren sich die drohenden Anzeichen für das, was die amerikanische Presse bescheiden als einen Rückgang (recession) bezeichnet — Sinken der Geschäftstätigkeit, Anwachsen der Arbeitslosigkeit, Überproduktion, Überfüllung der Warenlager.

Anfang Februar erfolgte ein starker Sturz der Großhandelspreise für Waren, die damit das niedrigste Niveau der letzten zwei Jahre erreichten. Das Fallen der Aktienkurse der größten Korporationen an der Newyorker Börse führte, wie Associated Press mitgeteilt hat, an zwei Tagen — dem 4. und 5. Februar — zu Verlusten von etwa 2 Milliarden Dollar. Am 10. Februar erfuhren die Aktienkurse vieler großer, insbesondere kriegswichtiger Monopole — des Stahltrustes, des Atom- und Chemiekonzerns duPont de Nemours, der General Motors Co., der Standard Oil Co. — neue Rückschläge.

Die Indizes der Industrieproduktion klettern abwärts. Die Schrumpfung der Kaufkraft der Bevölkerung hat bereits zu einer starken Einschränkung der Herstellung von Massenbedarfsgütern geführt. Nach den Angaben der amerikanischen Gewerkschaften haben in den letzten drei Monaten 750 000 Arbeiter ihre Beschäftigung verloren. Die Entlassungen erstrecken sich auf die mannigfaltigsten Industriezweige und auf den Eisenbahnverkehr.

Ewan Clague, der Leiter des Büros für Arbeitsstatistik beim Arbeitsdepartement der USA, hat mitgeteilt, daß im Lande gegenwärtig 3 Millionen Vollarbeitslose gezählt werden und daß diese Zahl nach seinen Schätzungen im Frühjahr auf 4 oder sogar auf 5 Millionen steigen kann. Hierzu kommt noch ein bedeutendes Anwachsen der Teilzeitarbeitslosigkeit.

Die britische „Financial Times“ hat die Wirtschaftslage Amerikas am 14. Februar wie folgt charakterisiert:

„Der sich plötzlich verstärkende Sturz der Warenpreise in den USA, das jähe Ansteigen der Arbeitslosigkeit und die Schwäche der Newyorker Wertpapierbörse in der letzten Zeit haben den weitverbreiteten Befürchtungen neue Nahrung gegeben, daß Amerika jetzt ... ersten Rückgängen (setbacks) der Produktion, der Beschäftigung und der Einkünfte entgegengeht.“

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß das Wirtschaftschaos, die niedrige Kaufkraft der Bevölkerung und die erschütterten Finanzen der westeuropäischen Länder die Spekulationen der Wall Street auf Erhaltung des hohen Exports

nach diesen Ländern als auf ein Mittel weiterer Hinausschiebung der Überproduktionskrise in den USA zweifelhaft machen.

Die amerikanische Presse macht kein Hehl aus ihrer Unruhe. Die Zeitungen registrieren die Schrumpfung des Kleinhandels, die steigende Zahl der Bankrotte und den Rückgang der Bestellungen in vielen Industriezweigen, die nicht direkt für die Aufrüstung arbeiten.

In diesem Zusammenhang sind Ausführungen der britischen „Yorkshire Post“ über die Wirtschaftsperspektiven der kapitalistischen Welt recht interessant. Der Verfasser des fraglichen Artikels, der Nationalökonom Roy Harrod, versucht sich vorzustellen, „was mit England werden wird“, wenn eine neue Wirtschaftskrise eintritt. Er schreibt:

„Es gilt seit langem als ausgemacht, daß die Krise in den Vereinigten Staaten beginnen wird... Sie würde wahrscheinlich schon begonnen haben ohne deren gigantische Ausgaben für die Aufrüstung und für ihre Europahilfe. Ich halte es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß die Krise in England beginnen wird.“

Wenn sie in den Vereinigten Staaten beginnt, so wird das im Guten wie im Bösen mächtig auf uns einwirken. Auf der guten Seite steht die Tatsache, daß eine solche Krise eine Senkung der Preise für Urprodukte auf den vorhandenen offenen Märkten nach sich ziehen und in weitgehendem Maße dazu beitragen wird, das Problem unserer Handelsbilanz zu lösen.“

Zu den bösen Folgen rechnet der Artikelschreiber die unvermeidliche Verstärkung der Konkurrenz auf den Exportmärkten:

„Die amerikanischen Produzenten werden sich rasch umstellen und den ausländischen Käufern alle möglichen Waren zu sehr niedrigen Preisen anbieten.“

Der Wirtschaftsfachmann aus der „Yorkshire Post“ würde natürlich vorziehen, daß die Krise in den USA beginnt. Aber auch er wird, wie wir sehen, von „Höllenqualen“ hin und her gerissen! Einerseits hegt er Hoffnungen auf Abschwächung des tödlichen Zugriffs des amerikanischen Partners, auf Rückgang der Weltrohstoffpreise, auf Wiederherstellung des Vorkriegsverhältnisses zwischen diesen Rohstoffpreisen und den englischen Exportpreisen. Auf der anderen Seite plagt ihn die Befürchtung, die wirtschaftliche Erschütterung in den USA könne sich auch auf die vom Marshallplan erfaßten Länder, darunter auf England, aufs ernsteste auswirken.

Das Fiasko der von den Marshallplananhängern gemachten scharlatanhaften Versprechungen von wegen einer wirtschaftlichen Wiederherstellung der westeuropäischen Länder steht fest. In Wirklichkeit befindet sich das Wirtschaftsleben der marshallisierten Länder bereits in einer knechtenden Abhängigkeit von der amerikanischen Börse. Unter diesen Umständen ist es

schwer, sich den ganzen Umfang der katastrophalen Folgen auch nur vorzustellen, die das Zusammentreffen des Wirtschaftschlages in den marshallisierten Ländern mit einer Überproduktionskrise in der USA zeitigen wird.

### EIN NEUES VERBRECHEN DER ATHENER SÖDLINGE WASHINGTONS

Die monarchistisch-faschistischen Machthaber in Athen haben eine neue ungeheuerliche Freveltat begangen. Sie haben einen Führer der griechischen Arbeiter, Dimitri Paparigas, den Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands, getötet. Schon im vorigen Sommer, gleich nachdem er ins Gefängnis geworfen worden war, wollte man Paparigas durch Organisation eines Selbstmords aus dem Wege räumen. Aber dieser verbrecherische Plan wurde entlarvt, die Athener Machthaber bekamen Angst vor der öffentlichen Meinung und beschlossen, ein Gerichtsverfahren gegen Paparigas zu inszenieren. Sechs Monate lang folterten sie ihren Gefangenen. Aber auch die grausamsten Foltern in dem Athener Verlies vermochten seinen Willen nicht zu brechen. Es war klar, daß das Gerichtsverfahren gegen Paparigas sich gegen die Richter selber wenden mußte. So beschlossen die Athener Richter denn, zu ihrem alten Plan zurückzukehren und Paparigas zu ermorden.

Um die Spuren ihres Verbrechens zu verwischen, setzten die Henker die Lesart von einem „Selbstmord“ in Umlauf. Durch diese grobe Lüge wird niemand sich täuschen lassen. Nicht nur das griechische Volk, nein, die ganze Welt kennt Paparigas als einen der standhaftesten Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit Griechenlands.

Breite demokratische Kreise aller Länder bringen ihre Empörung zum Ausdruck über die gesetzwidrige Bluttat an dem Führer der griechischen Gewerkschaften. Das griechische Volk hat auf die Freveltat der Athener Henker damit geantwortet, daß es einen neuen Truppenteil der Demokratischen Armee schuf und ihn nach Dimitri Paparigas benannte.

Die kapitalistische Presse Westeuropas und Amerikas, die den faschistischen Monarchisten Griechenlands Vorschub leistet, verschweigt die Ermordung Paparigas, aber auch die Lesart von einem „Selbstmord“. Die Dirigenten der britisch-amerikanischen Propaganda wissen sehr wohl, daß nicht die Athener Machthaber allein für dieses niederträchtige Verbrechen verantwortlich sind.

### ZU NUTZ UND FROMMEN DER MONOPOLE

Die niedrige Bezahlung der Frauenarbeit im Vergleich zur Männerarbeit bildet einen Hebel der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter. Die Unternehmer machen hierbei ein doppeltes Geschäft. Erstens stecken sie das den werktätigen Frauen vorenthaltene Geld in die Tasche. Zweitens benutzen sie die vorhandene billige Frauenarbeit als ein Werkzeug zur Senkung der Arbeitslöhne der Männer, denen sie ständig mit Entlassung und Ersetzung durch Frauen drohen.

In der Sowjetunion und in den Ländern der Volksdemokratie, wo die Macht in den Händen des arbeitenden Volkes liegt, ist die gleiche Bezahlung von Männer- und Frauenarbeit vollständig verwirklicht und durch Verfassungsgesetze garantiert. Dagegen nimmt im „demokratischen“ Amerika, im „sozialistischen“ England, in Belgien und in einer Anzahl anderer Staaten, ganz zu schweigen von den Kolonien, die Benachteiligung der Frauen ihren Fortgang.

Die Weltföderation der Gewerkschaften hat der Organisation der Vereinten Nationen gegenüber die Einführung gleicher Entlohnung für gleiche Männer- und Frauenarbeit als notwendig bezeichnet. Auf Initiative der Sowjetdelegation beschloß der Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner 6. Tagung im Februar und März v. J. eine Resolution, in der allen UNO-Staaten empfohlen wird, das Prinzip gleicher Arbeitsentlohnung für Männer und Frauen zu verwirklichen. Aber die Sache selbst ist nicht von der Stelle gekommen. In Erfüllung des Willens der kapitalistischen Monopole ignorieren die regierenden Kreise der USA, Englands, Belgiens, Griechenlands, Norwegens, Hollands, Dänemarks, Indiens, Australiens und einer Anzahl anderer Länder die Empfehlung des Rats.

Auf der vor kurzem eröffneten 8. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats hat die Sowjetdelegation einen Resolutionsentwurf eingereicht, der allen Ländern empfiehlt, in kürzester Frist auf gesetzgeberischem Wege für gleiche Arbeit gleiche Bezahlung von Männern und Frauen, ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und des Glaubensbekenntnisses, einzuführen und dieses Prinzip auch auf Gebiete ohne Selbstverwaltung auszudehnen. Durch diesen Antrag sahen sich die Delegierten der Länder der „westlichen Demokratie“ in die Enge getrieben.

Der Vertreter Belgiens trat gegen die Einführung des Prinzips gleicher Arbeitsentlohnung mit der direkten Erklärung auf, dies sei für die Kapitalisten unvorteilhaft. Dem Vertreter der USA gebrach es an der Kühnheit, öffentlich einzugestehen, daß er die Interessen der Kapitalisten

vertritt. Auf sein Signal hin griff der britisch-amerikanische Block zu der spitzfindigen Taktik, das Prinzip gleicher Arbeitsentlohnung zwar nicht abzulehnen, aber auch seine Verwirklichung nicht zuzulassen. Bei der Abstimmung über den sowjetischen Resolutionsentwurf trat diese Taktik plastisch hervor. Die Präambel der Resolution, in der die Notwendigkeit, das gesamte Prinzip zu verwirklichen, anerkannt wird, wurde angenommen. Aber sobald die Rede auf konkrete gesetzgeberische Maßnahmen kam, stimmte der britisch-amerikanische Block wie auf Kommando dagegen, und der betreffende Resolutionspunkt wurde abgelehnt.

In dem amerikanischen Resolutionsentwurf wurde gleich im ersten Punkt vorgeschlagen, die Behandlung der Frage zu verschieben und nicht zu ihr zurückzukehren, bis das Internationale Arbeitsamt einen Bericht über die Frage vorgelegt und bis die Kommission für die Rechte der Frauen sich zu diesem Bericht geäußert hat. Die Vertreter der Sowjetunion und Polens taten in einer berechtigten Kritik an dieser Resolution dar, daß sie den Zweck verfolgt, die einfache und klare Frage gleicher Arbeitsentlohnung in einem unergründlichen Sumpf von Diskussionen, Untersuchungen und Studien zu ertränken.

Die Entlarvung des Versuchs, die Diskrimination der Frauen zu verewigen, hat die Satelliten des britisch-amerikanischen Blocks in Verwirrung gebracht — die meisten von ihnen konnten sich nicht entschließen, einen so skandalösen Antrag zu unterstützen. Der erste Punkt des amerikanischen Projekts wurde gestrichen. Aber die von der britisch-amerikanischen Mehrheit angenommene zweite Hälfte des Resolutionsentwurfs bedeutet, daß die ganze Angelegenheit auf die lange Bank geschoben wird. Alle Materialien über die Frage gleicher Bezahlung von Männer- und Frauenarbeit sind „zum Studium“ an die Kommission für die Rechte der Frauen weitergeleitet worden.

Die Vertreter der Länder der „westlichen Demokratie“ haben noch einmal demonstriert, wie schamlos die Prinzipien der UNO-Satzung und die dringenden Bedürfnisse von Millionen Werktätigen den Interessen der Monopole aufgeopfert werden.

### MR. SHINWELL HAT SICH VERRECHNET

Im September v. J., als die trüben Wogen der Kriegshysterie besonders schäumten, eröffneten die Labourführer eine Werbekampagne für die sogenannte Territorialarmee Englands. Diese Kampagne begann mit Blechmusik und Geschütz-

salven. Churchill und seine Freunde schalteten sich sofort in die Kampagne ein.

Damals versicherte der britische Kriegsminister Shinwell, er werde bis Ende März 1949 leicht 150 000 Rekruten angeworben haben. Bald sollte sich jedoch herausstellen, daß der Minister sich zu-



Zeichnung von BORIS JEFIMOW

viel vorgenommen hatte. Am 11. Januar, auf einer Pressekonferenz in Bristol, war er zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die einfachen Engländer der Werbekampagne für die Territorialarmee „feindselig“ gegenüberstehen. Shinwell erklärte, er könne sich in dieser Angelegenheit nur „auf konservative Kreise stützen“ und verlangte, daß der britische Trade-Unions-Kongreß „seinen ganzen Einfluß aufbiete“, um das Scheitern der Werbekampagne zu verhindern.

Aber der Eifer der Trade-Unions-Bürokraten hat den Kriegsminister nicht vor weiteren Enttäuschungen bewahrt. In einer am 16. Februar vorgebrachten Zusammenfassung der kläglichen Ergebnisse der Kampagne meinte Shinwell trübselig:

„Ich möchte gern einen optimistischeren Bericht geben... Ich denke, das günstigste, worauf wir hoffen können, wenn keine sehr wesentliche Besserung eintritt.“

Ist, daß wir bis zu der gesetzten Frist die Hälfte unseres Totalbedarfs decken werden."

Mit seiner Hoffnung auf „eine sehr wesentliche Besserung“ wollte Shinwell offenbar nur seine Herren und Gebieter beruhigen. Er selber glaubt natürlich in keiner Weise an die Möglichkeit einer solchen Besserung. Hatte er doch zähneknirschend zu konstatieren, daß „das Volk des Krieges müde ist“, daß „die Leute von einem Krieg nicht einmal hören wollen“!

Kein Wunder, daß Mr. Shinwell und seine Kollegen, die eine Politik hemmungsloser Militarisierung Englands durchführen, eine Schlappe erleiden.

### EINE AUSZEICHNUNG FÜR MÖRDER

Die Führer der Rechtssozialisten haben ihre eigenen Traditionen. Eine davon darf als unumstößlich gelten — die Tradition des Verrats an der Arbeiterklasse. MacDonald und Bevin verrieten den Generalstreik der englischen Arbeiter im Jahre 1926. Gustav Noske, der sich den Beinamen „Bluthund“ erwarb, ließ 1918 und 1919 deutsche Matrosen und Arbeiter zusammenschießen. Die französischen rechtsstehenden „Sozialisten“ haben der Welt solche Patriarchen des Verrats wie Millerand und Briand, wie Pierre Laval und Léon Blum geschenkt. Sie alle verrieten nach Maßgabe ihrer Kräfte und Fähigkeiten die Arbeiterklasse und bahnten dienstfertig der finstersten Reaktion den Weg.

Der jetzige französische Innenminister Jules Moch setzt diese Traditionen fort. Auch Jules Moch ist „Sozialist“, auch er läßt Arbeiter zusammenschießen. Er besorgt die Sache natürlich nicht mit eigenen Händen. Schießen tun andere. Jules Moch wirbt als Vertrauensmann der französischen Reaktion die Mörder an, erläßt für sie Bestimmungen, gibt ihnen Anweisungen, bezahlt sie und verleiht ihnen Auszeichnungen.

Vor kurzem wurde in Frankreich zwecks Anstachelung von Mördern der französischen Arbeiter eine offizielle Zeremonie abgehalten. Der „sozialistische“ Minister Jules Moch traf in Montpellier ein, um Vertretern der sogenannten „Republikanischen Sicherheitskompanie“ Nr. 161, die sich im Oktober 1948 bei Unterdrückung des französischen Bergarbeiterstreiks hervorgetan haben, die Auszeichnungen höchstpersönlich zu überreichen. Jules Moch hatte damals den Befehl gegeben, auf die Bergarbeiter zu schießen. Dem Befehl wurde Folge geleistet. Polizeibeamte und Knüppelhelden aus den „Sicherheitskompanien“, die aus de-Gaulle-Anhängern und kriminellen Verbrechern rekrutiert werden, leisteten

dem Befehl des „sozialistischen“ Ministers Folge, ohne mit Blei zu sparen. Die Polizeibeamten der Stadt Montpellier und die Halsabschneider aus der „Sicherheitskompanie“ Nr. 161 zeichneten sich hierbei besonders aus. Jules Moch sprach ihnen pathetisch seinen Dank aus und überreichte dem Kommandeur der Kompanie den Orden der Ehrenlegion, während er 19 Mitgliedern der Abteilung Ehrenmedaillen ansteckte.

Im heutigen Frankreich werden Kollaborationisten auf freien Fuß gesetzt, Arbeiter im Gefängnis gehalten und Arbeitermörder mit dem Orden der Ehrenlegion dekoriert. Eben das ist jene „westliche Demokratie“, die Jules Moch gegen die Arbeiterklasse Frankreichs verteidigt.

### DIE MITTELMEERFILIALE DES ATLANTIKPAKTES

In der zweiten Februarhälfte wurde in London noch eine weitere Karte in dem Spiel der Kriegsbrandstifter aufgedeckt. Der türkische Außenminister Sadak und der gleich nach ihm aus Athen in die englische Hauptstadt zitierte Tsaldaris besprachen mit Bevin die geplante Schaffung eines militärischen Bündnisses der Mittelmeerlande. Tsaldaris wurde auch von Churchill, dem Hauptkriegsbrandstifter, eines Empfangs gewürdigt.

Nach diesen Zusammenkünften gaben Sadak und Tsaldaris den Korrespondenten an die zehn Interviews. Ihr Sinn läuft darauf hinaus, daß die Projekte neuer Blocks ihrer formellen Fertigstellung entgegengehen. Tsaldaris teilte in einem Interview für den Londoner Korrespondenten der französischen Zeitung „L'Aurore“ mit, er habe Bevin das Projekt von zwei Pakten vorgelegt: eines Ostmittelmeerpaktes, der die Türkei, Griechenland, die arabischen Staaten und den Staat Israel umfaßt, und eines Mittelmeerpaktes, der Frankreich, Großbritannien, Italien, die Türkei und Griechenland vereinigt.

Wie Tsaldaris angab, wird hierbei als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, daß „die Notwendigkeit einer Einbeziehung Spaniens in den Pakt zu berücksichtigen sein wird“, desjenigen Landes also, von dem die Agentur France Presse mit rührender Fürsorge als von der „wichtigsten Mittelmeer- und Atlantikmacht“ spricht.

Ganz einerlei, welche endgültige Form diese neue Kombination der britisch-amerikanischen Abenteurer und ihrer Mittelmeerlakaien annehmen wird: es steht ganz außer Zweifel, daß der an den Küsten des Mittelmeers projektierte militärisch-politische Block zusammengezimmert wird als ein Zubehör des aggressiven Nordatlantikpaktes.

## EIN TRICK MIT DER BODENREFORM

Die sogenannte Volkspartei Österreichs trägt die Maske einer Verteidigerin der Bauernschaft. Drei Jahre lang drohten die Führer dieser Partei sogar eine Bodenreform durchführen zu wollen. Am 9. Februar 1949 nun wurde im Parlament feierlich der Entwurf eines „Bundesgesetzes über Grundsätze für das landwirtschaftliche Siedlungswesen (Bodenreform)“ verlesen. Diesem Projekt war, wie der volksparteiliche Parlamentsabgeordnete Strobl erklärte, eine „grandiose Arbeit“ vorangegangen: die Partei habe nicht nur „Unterlagen für eine sachliche und wirtschaftliche Lösung der Bodenreformfrage in Österreich gesammelt, sondern auch die Auswirkungen ähnlicher Maßnahmen in den benachbarten Ländern studiert“.

Womit hat nun die Volkspartei den österreichischen Bauern beglückt?

Die Urheber des Gesetzentwurfs schlagen den Bauern vor, sich einfach für bares Geld Boden zu kaufen. Darlehen zum Ankauf von Boden können dem Gesetzentwurf zufolge nur denjenigen gewährt werden, die in der Lage sind, einen bedeutenden Teil der erforderlichen Summe selbst aufzubringen. Auf diese Weise wird die Hauptmasse der landlosen Bauern, die des Bodens am meisten bedarf, der Möglichkeit beraubt, Boden zu erhalten. Der Gesetzentwurf gewährt den Großbauern alle Vorteile beim Erwerb von Boden. Wie „Das Kleine Volksblatt“, ein Organ der Volkspartei, auseinandersetzt, bezweckte diese

Partei bei der Einbringung ihres Gesetzentwurfs durchaus nicht — Gott bewahre! — „eine allgemeine Neuverteilung des Bodens, wie sie in den östlichen Ländern Europas unter dem Schlagwort ‚Bodenreform‘ bekanntgeworden ist“.

In erster Linie, so heißt es in dem Gesetzentwurf, müssen staats eigene Bodenparzellen verteilt, d. h. verkauft werden. Demgegenüber nehmen die großen Herrngüter selbst nach den unvollständigen Angaben des „Kleinen Volksblatts“ fast die Hälfte der gesamten Ackerfläche Österreichs ein. Figls Partei schickt sich am allerwenigsten an, die Latifundienbesitzer zu enteignen. Eine Enteignung kann nur stattfinden, „wenn die übrigen drei Grundbeschaffungsmöglichkeiten erschöpft sind und die ungünstige Besitzverteilung“ (lies: das äußerste Elend der Bauern) „... einen Eingriff erfordert“. Aber auch in diesem Fall muß dem Gutsbesitzer unbedingt ein bedeutender Teil des Bodens — nicht weniger als 500 Hektar — verbleiben.

Das ist der Gesetzentwurf, der durch die Interessen der österreichischen Gutsbesitzer und Großbauern, keineswegs aber der arbeitenden Bauern, bestimmt ist. Mit der Einbringung dieses Gesetzentwurfs wollen die Führer der Volkspartei unter der Flagge einer Bodenreform bei den bevorstehenden Parlamentswahlen die Stimmen der Bauern für sich gewinnen. Aber der Wahltrick ist doch zu plump, und die Gutsbesitzerohren der Anstifter dieser „Reform“ lugen doch allzu deutlich hinter der Maske hervor, als daß die Sache auf Erfolg rechnen könnte.

## Briefe aus Prag

W. JORDANSKI

### 1. EHRE DER ARBEIT!

WUNDERSCHÖN ist Prag! „Mutter der tschechischen Städte“ wird es vom Volke genannt. Von den Höhen des Petřín eröffnet sich dem Blick ein herrliches Panorama. Über der dichten Fülle flußwärts strebender Häuschen der Kleseite erheben sich auf dem Hradschin die Schlösser der Prager Burg und die gotische Wucht seines Doms. Breit flutet die Vltava, überwölbt von zahlreichen Brücken, und an der Felswand hinter ihr dunkeln die Mauern des altertümlichen Vyšehrad — stumme Zeugen

vergänger Schlachten des tschechischen Volks um seine Unabhängigkeit.

Wunderschön ist die Prager Altstadt. Aber weder die Burg noch Prašná brána — der fast fünfhundertjährige Pulverturm — ist es, was 1949 die Aufmerksamkeit eines Besuchers der Tschechoslowakei hauptsächlich fesselt. Ein gigantisches Plakat, blau wie der Himmel über Prag, hält den Blick des Vorübergehenden fest: in der Bläue des Firmaments verliert sich eine feingeschwungene Brücke mit den Zahlen 1949.

1950, 1951, 1952 und 1953 auf ihren Betonpfeilern. Ein Zug, der grade Volldampf gibt, hat den ersten Brückenbogen mit der Aufschrift „1949“ erreicht. In roten Buchstaben erglühn die Worte: „Fünf Jahre Arbeit — unser Weg zum Sozialismus!“ Auch in den Schaufenstern erhebt sich über einer Vielfalt von Waren die eine beredte Ziffer „5“. Sie ist in Form einer scharfen Sichel ausgeschnitten oder zeichnet sich in den Umrissen eines Hochofens ab, sie saust als eiserner Hammer auf ein Häuflein von Parasiten herab, die sich an einen Geldsack klammern, oder erblüht im Grün eines Gartens. Man liest die Losungen: „Planjahr fünf — Untergang der Reaktion!“, „Du im Fünfjahrplan, der Fünfjahrplan in dir!“

Und wenn sich die Abenddämmerung verdichtet, erglänzen grüne und blaue, gelbe und rote Leuchtröhren an den Gebäuden des weiten Náclawské náměstí. Heller als alle strahlen die Worte „Národní podnik“: Volksbetrieb.

Jetzt befinden sich 95 Prozent der gesamten Industrie der Republik in den Händen der Werktätigen. Nach erfolgreicher Erfüllung des Zweijahrplans zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft ist das Land zum Fünfjahrplan der Rekonstruktion und Weiterentwicklung seiner Produktivkräfte übergegangen.

Die Ziele des ersten Fünfjahrplans der Tschechoslowakei sind bekannt. Die Zahlen sprechen für sich. Um 50 Prozent soll das Volkseinkommen, um 57 Prozent die Industrieproduktion, um 16 Prozent die landwirtschaftliche Produktion vergrößert werden. Im Transportwesen, im Warenumsatz, in den Institutionen zur Gewährleistung kulturvoller Lebensbedingungen auf allen Gebieten ist das Wachstum durch ebenso exakte und ebenso kühne Zahlen bestimmt.

Die Lokomotive auf dem Plakat hat soeben den ersten Brückenbogen erreicht, das Jahr 1949 hat erst begonnen. Aber der Anlauf war gut. Das Fazit der im Januar geleisteten Arbeit ist bereits veröffentlicht worden. Das erste Monatspensum des ersten Planjahrs wurde von der Industrie der Tschechoslowakei zu 101,8 Prozent erfüllt, und zwar von der Eisenhüttenindustrie zu 105,4 Prozent, von der Kraftstromerzeugung zu 102,9 Prozent, von der Textilindustrie und der Konfektion zu 102,5 Prozent, von der Baumaterialien- und Keramikindustrie zu 117,7 Prozent.

Im Jahre 1949 sind allen Industriezweigen höhere Aufgaben gestellt als im Vorjahr. Der Januarplan war größer als der Dezemberplan. Und doch wurde er überboten. Welche verborgenen Reserven vermochte man einzusetzen? Wer steht hinter diesen Zahlen? Diese Frage beantwortete man mit einem einzigen Wort:

„Stoßbrigadler...“

In der Tschechoslowakei ist der Beginn des sozialistischen Wettbewerbs mit den Namen zweier verhältnismäßig kleiner Städte verbunden: Libčice und Miava. Die eine von ihnen liegt auf tschechischem Gebiet, die andere auf slowakischem. Das Banner der Stoßarbeit ward von der Jugend entrollt. Man begann mit dem Kampf gegen mutwillige Arbeitsversäumnisse. Man proklamierte die Losung: „Alle 480 Minuten für die Arbeit“, während man jetzt bereits zu spezifizierten sozialistischen Verpflichtungen übergeht und für Hebung der Arbeitsproduktivität, für Senkung des Selbstkostenpreises, für Sparsamkeit und Qualität in den Kampf tritt. In einem, dann in einem zweiten Werk wurde der Anfang gemacht, aber jetzt ist wohl nicht mehr eines zu finden, wo es keine Stoßbrigadler gäbe, und zwar nicht nur unter jungen, sondern auch unter alten Arbeitern.

Die Vereinigten Stahlwerke in Libčice sind die Wiege der großartigen Stoßbrigadlerbewegung. Hier ertönte schon 1947 der erste Appell der ersten Brigade: Aus allen Kräften für den eigenen Staat arbeiten!

Mit einer Schar von Journalisten der „Mladá Fronta“, des Blattes der tschechoslowakischen Jugend, betreten wir den Werkhof. An der Mauer des Verwaltungsgebäudes hängt eine Tafel: das Wahrzeichen des Fünfjahrplans und davor die Gestalt eines Arbeiters, der den Eintretenden anblickt. Ein Wandspruch: „Überlege, wie du zur Erfüllung des Fünfjahrplans beitragen willst!“ Ein zweiter Wandspruch: „Einmal ist uns Jugend gegeben, wir müssen sie würdig verleben!“ Im Strahlenkranz des Wahrzeichens leuchten die Antworten der Stoßbrigadler auf diesen Appell. Jaroslav Nedvěds Brigade steht an der Spitze. Sie hat sich verpflichtet, ihr auf 76 Tage (608 Arbeitsstunden) berechnetes Pensum in 62 Tagen (496 Arbeitsstunden) zu erfüllen. Vierzehn Tage Ersparnis! Alles ist errechnet, die Kräfte jedes Stoßbrigadlers sind erwogen, und die Verpflichtung besagt: Brigadler Jaroslav Nedvěd wird sein Arbeitssoll in 416 Arbeitsstunden erfüllen, Bohumil Bartoš das seine in 488, Oldřich Nedvěd das seine in 512, Rudolf Fišer das seine in 576 Arbeitsstunden.

In den ersten 6 Arbeitstagen hat die Brigade ihre Verpflichtung zu 104 Prozent erfüllt.

Wir weilten in der Werkabteilung, in der Jaroslav Nedvěd arbeitet. Der hochgewachsene schwarzhaarige Bursch im blauen Overall legte mit knapp bemessenen Bewegungen ein Detail nach dem andern unter die schnell fallende Stanze. Jaroslav und seine Werkbank waren gleichsam in eins verschmolzen. Über der Werkbank

ein Täfelchen: „Stoßbrigadler“. Ein gleiches hängt über einer benachbarten Werkbank. Weiterhin noch ein andres: „Die Stoßbrigadler Mendel und Sochor bedienen zu zweit 11 Werkbänke statt 7“.

Im Werk in Libčice gibt es 11 Jugendstoßbrigaden mit insgesamt 87 Arbeitern. Außerdem haben sich den Stoßbrigadlern 270 Stammarbeiter angeschlossen, die der Jugend nicht nachstehen wollen.

Machen sich die Ergebnisse im Werk fühlbar? „Natürlich!“ sagt der Direktor Karel Černý. „Die Durchschnittsproduktion des einzelnen Arbeiters hat sich 1948 gegenüber 1947 um 18,6 Prozent erhöht.“

Die Arbeitsproduktivität nimmt zu, und der Lohn steigt. Jaroslav Nedvěd bekam anfangs 19 Kronen pro Stunde, jetzt verdient er 22—22,50 Kronen. Der durchschnittliche Stundenlohn ist in dem Werk von 18 auf 19,68 Kronen gestiegen.

So arbeitet man in Libčice.

Die Jugend des Landes hat die Anregung der führenden Arbeiter begeistert aufgegriffen, und schon in einer anderen Stadt schlagen 10 Jungarbeiter des Stalinwerks einen Gegenplan vor, der die zur Erfüllung ihres Pensums erforderliche Zeit um 12 Prozent verringert. Der Stoßbrigadler und Rationalisator Ladislav Malhaus aus Ceska Lipa hat erreicht, daß der Arbeitsgang sich doppelt so schnell abwickelt. In den Zeitungen werden gleich nach ihm Bořucki und Balucki genannt, die Führer der besten Stoßbrigaden der Kumpels.

Die Stoßbrigadler treffen Vorbereitungen, den 9. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der Ende Mai stattfinden wird, durch neue Erfolge zu ehren. Am 11. Februar versammelten sich im Prager Industriepalast 12000 Aktivisten der kommunistischen Parteiorganisationen der Hauptstadt und des umliegenden Gebiets. Sie summierten die Verpflichtungen von 159 Werken und erklärten sich entschlossen, als Ehrengabe für den Parteitag die Produktion zu steigern und somit 362 Millionen Kronen einzusparen.

Am nächsten Tag berichteten die Hüttenarbeiter der Vitkovicer Klement-Gottwald-Werke in einem Brief an den Präsidenten der Republik, daß die Arbeiter, Ingenieure und Angestellten dieses Kombinats anlässlich des 9. Parteitags der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei sich feierlich verpflichtet haben, den Plan zu überbieten und hierbei insgesamt 20 479 866 Kronen einzusparen.

Die Arbeiter, Ingenieure und Angestellten der Skoda-Werke in Plzeň gaben anlässlich des

9. Parteitags der Kommunistischen Partei gleichfalls ihre Verpflichtungen bekannt: die solide Summe von 400 Millionen Kronen für das Land einzusparen.

Die Stoßbrigadenbewegung wird in der Tschechoslowakischen Republik zu einer Sache des ganzen Volks. Falsch indes wäre die Mutmaßung, alles gehe wie am Schnürchen und der auf dem Plakat abgebildete Zug fahre leicht und reibungslos zu dem ersehnten Ziel. Die Überbleibsel des Alten sind noch sehr stark. Viele bejahrte und qualifizierte Arbeiter haben die Anregung der Stoßbrigadenjugend mißgünstig aufgenommen.

„Sieh mal an, die möchten aus der Reihe tanzen... Paß auf, es wird mit dir noch schief gehn, du Hitzkopf!“ brummen sie die ersten Stoßbrigadler an.

Untereinander spotteten die Alten über die Enthusiasten, die sich um Überbietung des Plans bemühten. Es gab aber auch solche, die störrisch wurden, als es sich darum handelte, Faulenzer und Lotterbuben, die in kapitalistischen Verhältnissen unter der Fuchtel zu arbeiten gewohnt waren, nun zu zwingen, sich zusammenzunehmen.

Als die Betriebe den Kapitalisten gehörten, war der Arbeiter in keiner Weise daran interessiert, seine Kräfte anzuspannen und für den Profit des Privatbesitzers zu sorgen. Während der deutschen Okkupation war nachlässige Verrichtung der Arbeit eine Kampfmethode, ein Widerstandsmittel gewesen. Als die Staatsgewalt in die Hände des Volks überging und das Volk zum Herrn der Industrie und der ganzen Wirtschaft des Landes wurde, änderte sich die Lage von Grund auf. Aber nicht allen Arbeitern kam es sogleich zum Bewußtsein, daß sie jetzt für sich, für ihren Staat arbeiten. Man muß berücksichtigen, daß die reaktionären Elemente den weniger denkgewohnten, den rückständigen Teil der Bevölkerung mit allen Mitteln zu mißbrauchen suchen, um das Aufblühen des Landes zu hemmen. Sie hetzen die Arbeiter direkt zur Sabotage auf.

Besonders kompliziert war die Lösung der Überstundenfrage. Ein auf volle Ausschöpfung der Arbeitszeit berechneter Tagesplan kann nicht in 8 Stunden erfüllt werden, wenn Arbeitsversäumnisse und Stehzeiten vorkommen und wenn obendrein manche mit Muße zu arbeiten trachten. Aber der Plan mußte erfüllt werden! So tauchten die Überstunden auf, die den Raffern, den Liebhabern leichten Verdienstes die Taschen füllten. Es genügt der Hinweis, daß während dreier Quartale des Jahres 1948 in der Industrie mehr als 115 Millionen Überstunden gemacht wurden! Die Produktionsunkosten wurden dadurch viel höher.

Das Streben der Stoßbrigadler nach Festigung der Arbeitsdisziplin und nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität versetzt den Ränken der Volksfeinde einen tödlichen Schlag. Die Arbeitsweise der Stoßbrigadler ist für die fortschrittliche Entwicklung der gesamten Industrie von größter Bedeutung. Die Stoßbrigadler fegen die kapitalistischen Zustände beiseite, unter denen es üblich war, daß einzelne Fabriken das Geheimnis ihrer Produktionserfolge eifersüchtig hüten. Die Erfahrung der Produktionsvorhut wird zum Gemeingut der Massen.

Begreiflich sind die Schwierigkeiten, in die die ersten Brigaden gerieten, als sie auf neue Art zu arbeiten begannen. Das sind Wachstumsschwierigkeiten, die eintreten, wenn das Neue sich inmitten alter Gewohnheiten und Bräuche den Weg zu bahnen hat. Eine besonders große lenkende, organisierende Rolle müssen hier die Gewerkschaften spielen. Aber in deren Tätigkeit gab es anfangs viele Mängel. Im „Rudé Právo“ wurde unlängst das formale, routinemäßige Verhalten zur Stoßarbeit geißelt.

All diese Kinderkrankheiten werden mit der Zeit überstanden werden und verschwinden. Nötig sind hierfür auch manche Änderungen im System der Löhne, damit diese wirklich den Kenntnissen eines jeden, seiner Qualifikation und seinem Arbeitsaufwand entsprechen. In den Staatsämtern z. B. basierte das Gehalt stets nur auf den Rangstufen und dem Dienstalder. Dies altmodische, konservative System hemmt die Beförderung und Entwicklung junger Kader. Es entsteht auch die Frage: wie könnte man die Techniker vom Fach ausgiebiger in die Stoßbrigadlerbewegung einbeziehen, wie könnte man die Werktätigen aller Kategorien an der Erhöhung des Produktionsniveaus materiell interessieren?

Die volksdemokratische Republik löst derlei Aufgaben stufenweise. Die Arbeiterklasse, die im Februar v. J. den entscheidenden politischen Sieg über die Kräfte der Reaktion errungen hat, vermag diesen Sieg unzweifelhaft auch in der Wirtschaft restlos zu verankern.

Aber der junge volksdemokratische Staat stößt auf Schwierigkeiten noch anderer Art.

Die im siegreichen Februar 1948 aufs Haupt geschlagene Reaktion hat sich in der Illegalität versteckt, sie hat sich getarnt, aber den konterrevolutionären Plänen natürlich nicht Valet gesagt. Ihre Rädelsführer haben sich in den Augen des Volks endgültig bloßgestellt und sind ins Ausland desertiert, aber das Milieu, das diese Pechvögel von Putschisten aufgepäppelt hat, ist geblieben. In der Tschechoslowakischen Republik existiert noch ein wenn auch beträchtlich eingeschränkter kapitalistischer Sektor.

Die Reaktionäre setzen ihre Hoffnung einzig auf bewaffnete Einmischung der imperialistischen Mächte. Die Zerstörungs- und Sabotageakte werden in den Büros ausländischer Spionagedienste ausgeheckt.

Der Weg derer, die im Februar 1948 gegen den Willen der Volksmassen aufbegehrten, hat sich während dieses Jahres klar abgezeichnet: Illegalität, Verbindung mit dem Ausland, Spionage, Zerstörungstätigkeit und als Endergebnis — die Anklagebank.

Vor dem Prager Gerichtshof zog letzthin eine ganze Galerie solcher Bürschchen vorüber. Da gab es die Prozesse eines Mrazek, eines Professors Tuma samt seiner terroristischen Schädlinggruppe von Studenten...

Die Armee und das Korps für nationale Sicherheit dienen dem Volk. Die Offizierslaufbahn und die Kommandoposten stehen der Arbeiterjugend und anderen werktätigen Jugendlichen weit offen.

Prüfung und Unterricht, Unterricht und Prüfung gehen im ganzen Lande, in allen Sparten des Staats- und Wirtschaftsapparats vor sich.

Mögen die Feinde der Demokratie in ihrer schmutzigen Illegalität vor Wut schäumen, das Volk der Tschechoslowakei schreitet ruhig und zuversichtlich auf seinem Wege zum Sozialismus voran!

„Der Fünfjahrplan — unser Weg zum Sozialismus!“ Diese Losung ist jetzt populärer als alle andern. Und der Erfolg des Fünfjahrplans verlangt Arbeit, Kampf für den Plan, angestrengten und hartnäckigen Kampf.

Wir hatten Gelegenheit, in dem kleinen Bergarbeiterstädtchen Ervěnice zu weilen. Die Bergarbeiter der Jan-Sverma-Grube, benannt nach einem in den Partisanenkämpfen gefallenen Volkshelden der Tschechoslowakei, hatten die Patenschaft über das gleichfalls nach ihm benannte 78. Infanteriebataillon übernommen. Die Hausherrn von Ervěnice und ihre Gäste — Soldaten und Offiziere, Delegierte, die aus andern Orten, auch aus der Stadt Mnichovo-Hradiště, dem Geburtsort Jan Svermas, herbeigereist waren — brachten in leidenschaftlichen Reden einen einheitlichen Gedanken zum Ausdruck: unbesiegbar ist das Volk, nachdem es sich vom kapitalistischen Unrat gereinigt und die Soziallakaien und Verräter von seinem Weg hinweggefegt hat, unbesiegbar ist das einheitliche Volk, dessen Arbeiterklasse von der kampfgestählten Partei der Kommunisten vorwärtsgeführt wird.

Die Schlacht um den Plan ist im Gange, desgleichen der Kampf für die Erziehung des Volks in neuem, sozialistischem Geist. Nie zuvor gab es

einen so starken Drang zum Wissen, zur Literatur. Die neueröffneten Arbeiterlehrgänge zur Vorbereitung auf die Universität und die technischen Hochschulen werden bereits von Dutzenden Burschen und Mädchen aus der Mitte des Proletariats und der Bauernschaft besucht. Menschen, denen früher Hochschulbildung unerreichbar war, schicken sich jetzt an, zu Fachleuten, zur Intelligenz ihrer Arbeiterklasse zu werden.

Binnen dreier Jahre ist der „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)“ in 200 000 Exemplaren erschienen. Die Werke W. I. Lenins und J. W. Stalins werden in Auflagen von vielen tausenden Exemplaren vertrieben. Die Verlage vermögen die Nachfrage der Leser nach marxistisch-leninistischer Literatur nicht zu befriedigen. Ständig wachsen die Auflagen der von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei herausgegebenen Schriften.

Jetzt ergreift man Maßnahmen, um auch im Verlagswesen gebührende Ordnung zu schaffen. Im Parlament ist ein Gesetz über das Verlagswesen und den Büchervertrieb angenommen worden.

Der Kampf für den Plan ist in Fabriken und auf den Feldern im Gange, wo man jetzt mit der Frühjahrssaat beschäftigt ist. Ebenso der Kampf an der Kulturfront — ein Kampf, der unablässig in unverminderter Stärke geführt wird.

Und hier, wie in allem, steht den Völkern der Tschechoslowakei das erhabene Beispiel der Sowjetunion vor Augen.

Am 22. Februar, am Vorabend des 31. Jahrestags der Sowjetarmee, erdröhte pünktlich um sieben Uhr abends eine Artilleriesalve über Prag. Dreißigmal donnerten die Kanonen. So begrüßte die Tschechoslowakei ihre Befreierin, die unbesiegbare Armee des Sowjetlands.

In dieser Minute entsann ich mich des Schuldirektors Cernyt im Dorf Sulislav bei Plzeň, der dort auch der einzige Lehrer war. Wir wurden mit ihm zufällig bekannt: unser Auto hatte unterwegs eine Panne. Cernyt lud uns zu sich in die Schule ein und erzählte in teils russischen, teils tschechischen Worten, daß er hier, auf ureigenem tschechischem Boden, schon drei Jahre wohnt und unterrichtet. Die Hitlerleute erklärten 1938 diesen Boden für einen Teil ihres „Reichs“. Die Tschechen mußten ihre Stammsitze verlassen... Zum Schluß holte er eine ausgeblichene Photographie hervor, die drei Kämpfer der Sowjetarmee darstellt — drei von denen, die den Lehrer Cernyt an den Heimatort zurückführten. Er lehrt die tschechischen Kinder, zu wissen und stets dessen eingedenk zu sein, daß der Friede und die

Sicherheit von dem wohlbewehrten Sowjetposten wachen Auges behütet wird!

\* \* \*

In einer der Hauptstraßen Prags, dem Prikop, steht ein Gebäude, das mit einem massiven Wahrzeichen geschmückt ist: der weißblauen tschechischen Fahne über einem fünfzackigen Stern, in dessen Mitte Sichel und Hammer angebracht sind; darunter stehen auf einem Schild die Buchstaben KSC (Komunistická Strana Československa). Es ist dies das Zeichen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Ein kleines, bescheidenes Sternchen mit diesem Zeichen kann man im Knopfloch des Ministers, am Overall des Arbeiters, am Mantel des Soldaten und an der Jacke des Studenten sehen.

„Čest práce!“ sagt man, wenn man einander begrüßt. Diese Grußworte bedeuten: „Ehre der Arbeit!“

„Práce čest!“ tönt es zur Antwort.

Der Jahrestag der Februarereignisse ist ein Volksfest. Dieser Jahrestag des siegreichen Februar ist eine Kampfschau der von der Partei und der Arbeiterklasse betriebenen Politik, ein Fazit des Vollbrachten und ein Start zu weiterem Vormarsch.

Das alte, hunderttürmige slawische Prag war purpurrot beflaggt, war geschmückt mit Plakaten, Transparenten und Photos... Und wieder überall die Ziffer „5“.

„Der Fünfjahrplan — unser Weg zum Sozialismus!“

Am Donnerstag, 24. Februar, fand im Nationaltheater an der Moldau die Festsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zum Jahrestag des Februarsiegs statt.

Es sprach Rudolf Slansky, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Oftmals unterbrachen seine Rede einmütige Beifallsstürme zu Ehren des Sieges der Volksdemokratie im Februar 1948, zu Ehren des Genossen Gottwald, dieses treuen Schülers des großen Stalin.

In diesen Tagen versammelt man sich in jedem Werk, jedem Dorf, jeder Schule, jedem Büro und Truppenteil, um der Februarereignisse zu gedenken.

Im Arbeiterviertel Smíchov füllen Hunderte den großen Saal des Volkshauses. Der Vorsitzende erteilt das Wort einem Mitglied der Bezirks-Parteiorganisation, Professor Zdeněk Nejedlý, dem Minister für Unterrichtswesen, Wissenschaft und Kunst.

Die Tribüne besteigt ein alter, grauhaariger Mann, aber sein Antlitz, seine Augen und der

Klang seiner Stimme zeugen von Jugend und Frische des Geistes, der Seele und des Herzens.

Professor Nejedlý gedenkt der Februartage des Jahres 1948, und mit ihm verlächen die Versammelten einhellig die gescheiterten Intrigen der Volksfeinde, mit ihm werden sie ernst, wenn er von den grandiosen Zielen des Fünfjahrplans spricht.

Und oben, auf der Galerie, erblicken wir wohlbekannte Zeichen: „5“ und „Sichel und Hammer“. In blauen Overall mit den roten Armbinden von Arbeitermilizionären, die MPs fest in der Hand, stehen auf der Kampfacht beim Symbol des Fünfjahrplans zwei Männer, die diesen Plan dem Feind im Februar 1948 abgerungen haben.

\* \* \*

Am Sonnabend, 26. Februar 1949, war die granitene Weite des Václavské náměstí abermals, wie vor einem Jahr, voller Menschenmassen.

Von dem grauen Riesenbau des Nationalmuseums bis zum Příkop waren in genauen Reckten die Abteilungen der Arbeitermiliz angetreten. Graue Overalls, schwarze Mäntel, Baskenmützen, Schirmmützen, Käppis, Hüte... Aber jeder hatte eine rote Binde am Arm und ein Gewehr über der Schulter. Und weiterhin erblickte man die grünlichen Mäntel der Kämpfer des Korps für nationale Sicherheit.

Im Marschschritt ziehen Arbeiter, Angestellte, Ingenieure an den Tribünen vorüber, mit zum Gruß erhobenen geballten Fäusten. Leis bewegt

der Wind die Fahmentücher. Von der Regierungstribüne erschallen Begrüßungslosungen:

„Unerschütterlich ist unser Grund und Boden, auf dem das Volk zum Herren ward!“

Und die Menschenmenge, die alle Zugänge des Platzes überflutet, antwortet tausendstimmig:

„Es lebe die Regierung!“

Diese Heerschau der Volkskräfte war eine mächtige Demonstration. In der ganzen Republik erfolgten am 26. Februar solche patriotischen Kundgebungen. Paraden der Arbeitermiliz fanden auch in Bratislava, Brno, Ostrava, Olomouc, Plzeň, Usti Nad Labem und Most statt.

Am Sonntag, 27. Februar, versammelten sich zu einer Festsitzung im Saal des Gesellschaftshauses in Prag der Zentrale Vollzugsausschuß der Nationalen Front sowie Vertreter der verschiedenen Parteien, anderer Organisationen und Vereinigungen der Werktätigen. Nochmals bekräftigten sie den unerschütterlichen Willen der Völker der Tschechoslowakei, den in den Februarkampftagen von 1948 erkorenen Weg, den Weg zum Sozialismus, fest zu beschreiten...

...Blau schimmert das abendliche Prag. Auf dem Václavské náměstí erlöschen die Leuchtröhren.

In der Stille verhallen verspätete, rasche Schritte. Kaum hörbar hallt es:

„Čest práce!“

„Práce čest!“

Prag, im Februar 1949

## Bei den Sportwettkämpfen in Norwegen

(Notizen eines Korrespondenten)

S. BOGUTSCHAROW

KONGSBERG ist ein kleines Städtchen, 80 km von der norwegischen Hauptstadt Oslo entfernt. Es ist von einem Kranz von Bergen umgeben, die es gut vor Winden und Stürmen schützen. Nur die drei kleinen Wasserfälle eines Bergflusses unterbrechen mit ihrem Rauschen die friedliche Stille der Straßen. Das Städtchen hat 7800 Einwohner, ein paar Industriebetriebe, eine kleine Skifabrik und mehrere Werkstätten. Das ist alles, wessen Kongsberg sich rühmen kann.

Im Februar belebte sich das stille Städtchen. In den Straßen tauchten neue Menschen auf, man hörte russische, finnische und englische Worte.

Die Eisbahnen des Kongsberger Stadions wurden zum Schauplatz eines wichtigen sportlichen

Ereignisses, der Wettkämpfe um die Weltmeisterschaft im Schlittschuhlauf über Kurz- und Langstrecken für Frauen. An diesen Wettläufen beteiligten sich die 20 besten Sportlerinnen der Welt, darunter die Weltmeisterin und Meisterin der Sowjetunion Maria Issakowa als Führerin der Gruppe bester Sportlerinnen des Sowjetlandes; ferner Verne Lesche (Finnland), Weltmeisterin der Jahre 1939 und 1947, die norwegische Meisterin Randi Thorvaldsen, die bekannte finnische Sportlerin Eevi Huttunen u. a. Die Exweltmeisterin Lesche hatte, wie die Presse mitteilte, besonders intensiv trainiert, in der Hoffnung, Revanche für die vorjährige Niederlage nehmen zu können. Auch damals nahmen

drei Sowjetsportlerinnen, Issakowa, Selichowa und Cholschtschewnikowa, im Wettlauf über vier verschiedene Strecken die drei ersten Plätze ein.

Die Wettkämpfe begannen am 12. Februar. Das Wetter war windstill, und nur Wolken jenseits der Jonsknutenberge gaben zu einer gewissen Beunruhigung Anlaß. Ob es wohl schneien würde? Den Wettkämpfen wurde großes Interesse entgegengebracht. Mehr als 6000 Zuschauer waren nach Kongsberg gekommen. Die Tribünen waren überfüllt. Rings um die Rennbahn standen Zuschauer im Schnee, und rote Mützen leuchteten wie Mohnblumen auf dem weißen Grunde.

Das Los führte als erste die jüngste Teilnehmerin der Sowjetmannschaft, die 23jährige Rimma Shukowa (Swerdlowsk), und die bekannte norwegische Sportlerin Erna Larsen (Oslo) zusammen. Die beiden schlanken Mädchen standen wie zu Bildsäulen erstarrt an der Startlinie. Der Startschuß ertönte, Rimma Shukowa schoß vorwärts, nahm behende die Kurven und erreichte unter dem lauten Beifall der Zuschauer als erste das Ziel. Ihr Resultat im 500-Meter-Lauf war gut, 50,2 Sekunden. Das war nicht nur für sie selbst, sondern auch für die Eisbahn ein Rekord; der frühere Rekord (51,1 Sekunden) war vor 10 Jahren von einer Weltmeisterin, der berühmten Laila Schou Nielsen, aufgestellt worden. Bald aber wurde Shukowas Rekord geschlagen. Zum fünften Wettläuferpaar gehörte die Moskauerin Soja Cholschtschewnikowa, die das Ziel in 48,7 Sekunden erreichte. Auch dieses Resultat wurde überboten, und zwar von Marianna Walowowa aus Gorki mit 48,2 Sekunden. Auf dieser Strecke schien der Ausgang des Kampfes bereits entschieden. Aber Maria Issakowa, die dem neunten Läuferpaar angehörte, brachte es auf dieselbe Zeit wie Walowowa und teilte also mit ihr den ersten und den zweiten Platz.

Am selben Tage fand der 3000-Meter-Lauf statt. Wieder errang Maria Issakowa die Palme und zeigte beim Lauf eine ungewöhnliche Technik und einen unbeugsamen Siegeswillen. Ihr Resultat — 5 Minuten 29,7 Sekunden — bleibt nur um 0,1 Sekunde hinter dem offiziellen Weltrekord zurück. Bei diesem Lauf belegten ebenfalls Sowjetsportlerinnen, und zwar Cholschtschewnikowa und Shukowa, den zweiten und dritten Platz.

Der Titel der Weltmeisterin wurde nach diesen zweitägigen Wettspielen Maria Issakowa zugesprochen. Den zweiten Platz belegte die Moskauerin Soja Cholschtschewnikowa, den dritten Rimma Shukowa. Den vierten Platz nahm die norwegische Meisterin Randi Thorvaldsen ein, die um 3 Punkte weniger erzielte als die vorigen. Die finnische Meisterin Verne Lesche kam auf fünfter Stelle.

Den Sowjetsportlerinnen wurden 12 Medaillen zugesprochen, darunter die große goldene Medaille der Weltmeisterin, ferner fünf andere goldene, vier silberne und zwei bronzene Medaillen für Läufe auf verschiedenen Strecken. Nur eine Medaille fiel beim 5000-Meter-Lauf einer Vertreterin Finnlands zu.

Nach Abschluß des 5000-Meter-Laufs erklärte der Schiedsrichter, gemäß den Bestimmungen für Weltmeisterschaftskämpfe habe Maria Issakowa, die drei von den vier Strecken als erste zurücklegte, den Ehrentitel der Weltmeisterschaft errungen.

...Dutzende von Scheinwerfern flammten auf. Die Sportlerin im dunkelblauen Anzug mit dem Wappen der Sowjetunion auf der Brust trat an die Tribüne des Hauptschiedsrichters heran. Bei den Klängen der Staatshymne der Sowjetunion schmückte der Schiedsrichter die Verdiente Meisterin des Sports Maria Issakowa aus Moskau, die beste Schnellläuferin der Sowjetunion und der Welt, mit dem Lorbeerkranz. Am Mast stieg das purpurne Banner der Sowjetunion empor. Dann machte Maria Issakowa unter dem stürmischen Beifall der Zuschauer und unter Hurrarufen die Ehrenrunde. Am Ausgang hob das begeisterte Publikum die Weltmeisterin hoch und trug sie auf seinen Armen hinaus...

Der Triumph der Sowjetsportlerinnen wurde in der norwegischen Presse lebhaft kommentiert. Viele Zeitungen brachten Photos von Maria Issakowa, Cholschtschewnikowa und Shukowa sowie lange Artikel über ihre sportlichen Leistungen. Die Blätter betonten die charakteristische Tatsache, daß der Hauptkampf um den ersten Platz von den Sowjetsportlerinnen ausgefragt wurde, während die anderen Sportlerinnen weit hinter ihnen zurückblieben.

So schrieben die Zeitungen nach den Wettkämpfen. Vorher hatten sie einen anderen Ton angeschlagen. Von den Sowjetsportlerinnen hatten sie verhältnismäßig wenig geschrieben. Nur wenige Zeitungen fanden Platz für die Mitteilung, Cholschtschewnikowa habe am 30. Januar d. J. einen neuen Weltrekord im 3000-Meter-Lauf aufgestellt...

Dagegen wurde viel Aufhebens von der Vertreterin Südkoreas, In Sook Tschang, gemacht. Eine Reihe von Blättern brachte ihr Photo. Obwohl in der Presse keinerlei genaue Angaben über die Leistungen dieser Sportlerin gemacht wurden, fanden sich dennoch kühne Propheten, die ihr den Lorbeerkranz der Weltmeisterin verhiessen. Was aber stellte sich heraus? In Sook Tschang gehörte nicht einmal zu den zehn Besten. Zudem zeigte es sich, daß ihr Erscheinen in Kongsberg nur indirekt etwas mit sportlichen Angelegenheiten zu tun hatte. Hier eine charakteristische Einzelheit:

beim Abschlußbankett in Kongsberg hielten Vertreter norwegischer Organisationen und ausländischer Sportdelegationen Reden, jeder natürlich in seiner Sprache. Aber die Rede der Vertreterin Südkoreas bekamen die Anwesenden nicht zu hören. An ihrer Stelle sprach irgendein Amerikaner. Nachdem er fertig war, erhob sich In Sook Tschang und machte nach allen vier Richtungen Verbeugungen, was offenbar bedeuten sollte, daß sie mit der Rede ihres Vormunds einverstanden war.

\* \* \*

Die Sowjetsportlerinnen unternahmen Spaziergänge durch die stillen Straßen von Kongsberg und lernten das Städtchen gut kennen. Überall wurden sie von den Norwegern mit Lächeln und Winken begrüßt.

Gleich am ersten Tag nach ihrer Ankunft fiel den Mitgliedern der Sportdelegation, als sie auf die Straße traten, ein riesiges Plakat an einem Kino ins Auge. Darauf stand:

„Amerikanische Stützpunkte in Norwegen? NEIN!!!“

Das war eine Antwort auf die Frage, die das ganze norwegische Volk in Atem hält. Auch an die Mauern des stillen Kongsberg schlugen die Wogen des Sturms, der sich im ganzen Lande im Zusammenhang mit der Absicht der norwegischen Regierung erhoben hatte, dem Nordatlantikkpakt beizutreten. Die Landeshauptstadt ist ja in nächster Nähe! In Oslo, auf dem Platz vor der Redaktion des Blattes der Regierungspartei, „Arbeiderbladet“, fand eine Kundgebung statt, an der rund 12 000 Personen teilnahmen. Auf dieser Kundgebung hielt der bekannte Professor Kreyberg eine ausführliche Rede gegen den Atlantikkpakt.

Im Studentenklub von Oslo hielt Dr. Scharffenberg, ein ehemaliges Mitglied der Arbeiterpartei, einen Vortrag über das gleiche Thema. Er sprach über die Notwendigkeit, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern.

Jeden Morgen berichteten die Blätter von immer neuen Protesten gegen die gefährlichen Pläne einer Eingliederung Norwegens in aggressive Blocks. Die norwegische Sektion der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, der Hafenarbeiterverband von Stavanger, eine Versammlung von Arbeitern der Osloer Eisenindustrie, der Hausfrauenverband und viele andere Organisationen schickten Protestresolutionen an die Regierung.

Der Verband der Kommunalarbeiter von Barum erklärte in seiner Resolution:

„Wir protestieren ganz energisch gegen die Versuche unserer Regierung, eine skandinavische Verteidigungsunion zu schaffen, die sich in Wirklichkeit das Ziel setzt, gemeinsam mit den Kräften der Reaktion in Norwegen und im Ausland unser Land in eine Operationsbasis für

einen neuen Raubkrieg gegen die Sowjetunion zu verwandeln. Die Sowjetunion war im zweiten Weltkrieg unsere Verbündete, und ihr haben wir es in erster Linie zu verdanken, daß unser Land als freier Staat weiterbesteht.

Wir sind ebenso keineswegs einverstanden mit der Sonderbewilligung von Millionen für sogenannte Verteidigungszwecke. Statt Kanonen und Atombomben braucht unser Volk eine größere Anzahl von Wohnungen, eine größere Menge besserer Lebensmittel und Kleidungsstücke.“

Wir konnten uns mit eigenen Augen davon überzeugen, wie wahr diese schlichten Worte sind, da wir gesehen haben, wie man in Oslo und Kongsberg lebt. Zweifellos braucht das Volk eher sein täglich Brot als amerikanische Stützpunkte auf seinem Territorium. Die Ernährungslage in Norwegen ist sehr schwer. Seit Ende des Krieges sind etwa vier Jahre vergangen, es bestehen jedoch keine ernsthaften Aussichten auf Besserung. Noch immer werden die meisten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände auf Marken verkauft. Zudem werden die Rationen an Fleisch, Zucker und Fettwaren mit jedem Jahr gekürzt. Die Schaufenster in Oslo verblüffen durch ihre Leere. Man kann dort nur Fische und kleine Galanteriewaren sehen. Butter zu bekommen, ist fast unmöglich. Auf Marken wird bestenfalls Margarine abgegeben. Auch Zucker ist nicht zu haben. Fleisch wird äußerst unregelmäßig verkauft und auch dann häufig nur Walfischfleisch.

Eine bittere Wahrheit enthielt der Scherz, den der Vorsitzende des Kongsberger Schlittschuhläuferverbands, Guttorm Fjerdingstad, auf einem Bankett machte:

„Dieses Bankett macht nicht nur den ausländischen Gästen Vergnügen, zu deren Ehren es veranstaltet worden ist, sondern auch uns Norwegern, denn hier bekommt man richtiges Fleisch vorgesetzt, das bei uns nur selten auf den Tisch kommt...“

Während unseres kurzen Aufenthalts in Norwegen konnten wir uns davon überzeugen, daß die Antisowjetstimmung, mit der die amerikanischen Provokateure eines neuen Krieges das norwegische Volk infizieren wollen, diesem fernliegt. In Norwegen erinnert man sich an die Heldentaten der Sowjetarmee und schätzt die friedlichen Errungenschaften der Sowjetmenschen.

Nach Abschluß der Wettkämpfe veranstaltete der norwegische Schlittschuhläuferverband im besten Lokal von Kongsberg, dem „Grand-Hotel“, zu Ehren der Siegerinnen ein Festessen, an dem mehr als 150 Personen teilnahmen. Den Ehrenplatz am Tisch nahm Maria Issakowa ein. Als sie erschien, wurde sie mit Händeklatschen und Hochrufen empfangen.

Erling Popperud, der Vorsitzende des Sportverbands von Kongsberg, und Bürgermeister Thorsen

begrüßten die Sowjetsportlerinnen mit besonderer Wärme.

„Im Namen der Einwohner von Kongsberg,“ sagte Thorsen, „danke ich allen Ländern, die ihre Sportlerinnen zu uns entsandt haben, besonders der Sowjetunion... Sie sind nicht nur als Liehaberinnen des Sports hierhergekommen, sondern als Sendboten des Friedens, nach dem sich alle sehnen. Wenn Sportler sich kennenlernen und auf den Sportplätzen in offenem und ehrlichem Sportwettkampf zusammentreffen, so fördern sie die Sache des Friedens, die Schaffung gegenseitigen Verständnisses der Völker füreinander. Deshalb danke ich allen Teilnehmerinnen der Wettkämpfe wärmstens, besonders der Weltmeisterin Maria Issakowa...“

In seiner Antwortrede betonte der Führer der Sowjetdelegation, Andrianow, daß die Erfolge der Sowjetsportlerinnen durch die tiefgreifenden sozialen Umgestaltungen im Sowjetlande bedingt sind, wo die Frau ein gleichberechtigtes Mitglied der sozialistischen Gesellschaft ist.

„Die Sowjetsportler“, so sagte er, „richten,

wie das Sowjetvolk überhaupt, ihre Bemühungen darauf, den Frieden zu festigen und die Brandstifter eines neuen Krieges zu entlarven...“

Diese Worte wurden von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen.

Lange blieben die Sportler und die übrigen Teilnehmer dieses freundschaftlichen Treffens beisammen. In Kongsberg erklangen zum erstenmal Lieder über Moskau. Die Norweger sangen ihre Volksweisen. Dann folgten Tänze. Als die Sowjetsportlerinnen gingen, trat ein norwegischer Sportler an sie heran und sagte:

„Unsere Regierung denkt sich irgend etwas über eine Gefahr aus, die von seiten der Sowjetunion drohen soll. Wir einfachen Norweger aber wissen sehr wohl, daß eine solche Gefahr weder besteht noch bestehen kann. Wir verstehen einander und werden ebenso freundschaftlich und froh leben, wie wir es heute abend miteinander gewesen sind...“

Das sagte ein einfacher norwegischer Sportler, und wir merken uns diese Worte gut.

## KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

# Der „Heilige Stuhl“ im Dienste der Reaktion

W. DUBOWIZKI

**D**IE KATHOLISCHE KIRCHE und der Vatikan als ihre führende Weltzentrale mischen sich seit vielen Jahrhunderten direkt und indirekt in „weltliche“ Angelegenheiten, in die profanste irdische Politik ein. Dies beweisen zahlreiche unwiderlegliche Tatsachen aus der langen Geschichte des Vatikans. Der Vatikan bedient sich von jeher der katholischen Kirchen in allen Ländern der Welt, um einen hartnäckigen Kampf zu führen für die Aufrechterhaltung reaktionärer Staatssysteme und Zustände, gegen die fortschrittliche Wissenschaft, für den Interessenschutz der privilegierten Ausbeuterklassen. Den besonderen Haß des Vatikans rufen die Ideen der Demokratie, des Sozialismus, des Kommunismus hervor, die der „Heilige Stuhl“ wiederholt mit dem Bannfluch belegt hat. Aber mit dem Propagandakampf nicht zufrieden, strebt der Vatikan nach Ausrottung seiner Gegner, als welche er alle wirklich demokratisch, fortschrittlich Gesinnten betrachtet.

Eben hieraus erklärt sich die Unterstützung, die der Vatikan dem deutschen und dem italienischen

Faschismus, den japanischen militaristischen Reaktionären sowie allen möglichen faschistischen Marionetten und Quislingen während des zweiten Weltkriegs zuteil werden ließ. Dies war auch der Grund, weshalb der Vatikan die faschistischen Systeme Francos in Spanien und Salazars in Portugal so eifrig unterstützt und schließlich, weshalb er jetzt ein so enges Bündnis mit dem aggressiven USA-Imperialismus unterhält. Zur Erreichung seiner Ziele — Ausrottung der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus — spinnt der Vatikan, ohne vor irgendwelchen Mitteln zurückzuschrecken, in allen Ländern der Welt ein riesiges Netz von Verschwörungen und Intrigen.

Das 1947 in London veröffentlichte Buch Avro Mannattans, „Die katholische Kirche gegen das zwanzigste Jahrhundert“, unternimmt es, diese

\* Avro Manhattan. The Catholic Church Against the Twentieth Century. London 1947. Eine gekürzte Fassung des Buches ist in russischer Übersetzung erschienen.

Wühlarbeit des Vatikans in der Weltpolitik zu entlarven, und ist dank der Fülle der in ihm zusammengetragenen und beleuchteten Tatsachen von bedeutendem Interesse.

Manhattan betrachtet die Ereignisse des internationalen Lebens und die Rolle, die der Vatikan in den letzten 50 Jahren in ihnen gespielt hat, und führt seine Untersuchung bis zum Beginn der Nachkriegsperiode. In den ersten Kapiteln bringt der Verfasser kurze Angaben über die Geschichte des Vatikans und seine Struktur, umreißt seine allgemeine Politik und schildert die Mittel, die ihm zu ihrer Verwirklichung zur Verfügung stehen.

Der Vatikan ist nicht nur die führende Zentrale der ganzen katholischen Kirche, sondern auch eine politisch-diplomatische Zentrale, bei welcher 1945 nicht weniger als 52 Botschafter, Gesandte und persönliche Vertreter aus verschiedenen Ländern der Welt akkreditiert waren. Die päpstlichen Nuntien, so bemerkt Manhattan, verfügen nicht nur „über die diplomatische Maschinerie, wie jeder gewöhnliche diplomatische Vertreter eines weltlichen Staates sie hat, sondern auch über die umfassende religiöse Maschinerie der katholischen Kirche sowohl innerhalb des Landes, bei dem sie akkreditiert sind, wie außerhalb seiner Grenzen“.

Die diplomatischen Vertreter des Papstes haben im Vergleich zu anderen Diplomaten eine privilegierte Stellung. In ihren Händen befindet sich eine mächtige Agentur in Gestalt der katholischen Geistlichkeit des betreffenden Landes, von Kardinälen, Erzbischöfen und Bischöfen bis hinunter zu einfachen Pfarrern. Dem päpstlichen Nuntius in jedem Lande sind auch alle politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Organisationen katholischer Prägung unterstellt, weshalb er in manchen Fällen einen außerordentlich starken Druck auf die Regierungen ausüben kann.

Manhattan konstatiert auch eine andere sehr wichtige Seite in der Tätigkeit des Vatikans, seinen großangelegten Spionagedienst:

„Da jeder Priester de facto ein Agent des Vatikans ist und verlässliche Informationen über die lokalen Verhältnisse seiner Gemeinde — oder, wenn er Bischof ist, seiner Diözese ... — sammeln kann, so ist der Vatikan, dem alle diese Daten zugesandt werden, eines der besten Weltzentren für Informationen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Charakters.“

Man errät leicht, wohin dieses ganze reiche Spionagematerial gerät, wenn man die jetzige überaus enge Zusammenarbeit des päpstlichen Stuhls mit Washington und das Vorwalten des amerikanischen Einflusses im Vatikan berücksichtigt. Bemerkt werden muß, daß die Finanzierung des Vatikans gegenwärtig voll und ganz

von den Vereinigten Staaten abhängt und daß 80 Prozent der Einnahmen des Vatikans aus den USA und Kanada herrühren. Daß Pius XII. 1946 in den USA vier und in den lateinamerikanischen Ländern sechs neue Kardinäle kreiert hat, betrachtet Manhattan als einen Beweis für die im Gange befindliche „Umorientierung“ des Vatikans auf dem amerikanischen Kontinent.

Der Vatikan war zu dieser Umorientierung gezwungen, weil seine Positionen in Europa seit der Niederwerfung Hitlerdeutschlands und des faschistischen Italiens und seit dem Abfall der Länder Mittel- und Südosteuropas vom Kapitalismus stark erschüttert sind. Der Vatikan ist jedoch nicht willens, seine Positionen kampflos aufzugeben. Er versucht seinen Einfluß in Europa durch Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus wiederzugewinnen und zu behaupten. In den letzten Jahren ist diese Zusammenarbeit so eng geworden, daß man mit vollem Recht von einer „Amerikanisierung“ des Vatikans reden kann.

In den verschiedenen Ländern existiert eine große Anzahl einflußreicher katholisch-religiöser Orden, halbweltlicher und weltlicher Organisationen wie die katholischen Gewerkschaften, die Vereine der „Katholischen Aktion“, Ligen und Assoziationen für Kinder, Jugendliche, Frauen, Sport und andere Spezialzwecke, so daß der Vatikan und seine Filialen einen ganz realen politischen Machtfaktor darstellen.

Manhattan zeigt den Einfluß des Vatikans auf die internationale Politik und auf den Verlauf der Ereignisse am Beispiel einer Anzahl von Ländern Europas und Amerikas in den letzten paar Jahrzehnten.

Mit Bezugnahme auf die Zeit nach dem Machtantritt der Faschisten in Italien (1922) schreibt Manhattan:

„Von diesem Jahre an wurde die Politik des Vatikans klarer und immer klarer definiert. Sein Bündnis mit den Mächten der Reaktion wurde immer offener. Überall in Europa, von Spanien bis Österreich, von Italien bis Polen, ergriffen reaktionäre Diktaturen ... die Macht, sehr oft mit offener Unterstützung des Vatikans. Verzicht leistend auf die alten Methoden, ging der Vatikan so weit, die Auflösung einer großen katholischen Partei nach der anderen anzuordnen, um zuerst dem Faschismus in Italien und dann dem Nazismus zu helfen, ihren würgenden Zugriff (stranglehold) auf ihre jeweiligen Staaten zu stärken. Der Papst (Pius XI.) proklamierte bei mehr als einer Gelegenheit, der erste faschistische Diktator (Mussolini) sei ein von der göttlichen Vorsehung gesandter Mann gewesen. Er wies die Gläubigen in aller Welt warnend darauf hin, daß „kein guter Katholik Sozialist sein kann“, und schrieb eine Enzyklika, durch die er katholischen Ländern die Annahme der faschistischen Korporativstaatsform empfahl. ... Als die faschistischen Staaten ihre äußeren Aggressionen begannen, half die katholische

Kirche ihnen indirekt und in mehr als einem Fall auch direkt.

Was erhielt die katholische Kirche im Austausch für ihre Hilfe? Sie erlangte das, was sie veranlaßt hatte, eine Allianz mit diesen ruchlosen politischen Bewegungen zu schließen — nämlich die völlige Vernichtung aller derjenigen Feinde, die sie während des 19. und 20. Jahrhunderts so oft verdammt hatte...

Gewerkschaften sowie soziale, kulturelle und politische Organisationen, die unter der Führung kommunistischer, sozialistischer, demokratischer oder liberaler Parteien standen, wurden zerstampft (stamped out), und alle politischen Parteien wurden verboten. Die Presse, das Filmwesen, das Theater und alle anderen Kultureinrichtungen wurden von der einen faschistischen Partei kontrolliert. Das Volk verlor das Recht auf freie Wahlen.

Mehr als 20 Jahre lang arbeitete der Vatikan mit dem Faschismus zusammen, um mit seiner Hilfe der katholischen Kirche die herrschende Stellung zu sichern und darüber hinaus einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion zustande zu bringen. Manhattan schreibt:

„Seit Beginn der russischen Revolution (1917) ... hatte die Politik des Vatikans in der internationalen Sphäre ein Hauptziel: alle Kräfte und Länder zu einem soliden, der UdSSR feindlichen Block zu konsolidieren. Einer der Hauptgründe für die Unterstützung Hitlers durch den Vatikan war ... das Bestreben, eine starke und feindliche Macht zu schaffen, die wie eine chinesische Mauer wirken würde, um den russischen Bolschewismus davon abzuhalten, den Westen zu infizieren. Diese Macht könne eines Tages sogar Sowjetrußland ganz zerstören.“

„Eine wirkliche und weltweite Kampagne gegen ihn“ (den Bolschewismus), „hatte zu dieser Zeit (1936) begonnen. Die Kirche hatte einen heiligen Kreuzzug eingeleitet. Um in dieser Kampagne erfolgreich sein zu können, bedurfte sie der Hilfe des Faschismus und des Nazismus, die den Kommunismus ebenso haßten wie sie selbst ihn haßte.“

Manhattan behauptet, der Vatikan sei es gewesen, der Hitler die Idee der faschistischen Intervention in Spanien und des Krieges gegen die Sowjetunion eingegeben habe. Der Verfasser schreibt:

„Der Vatikan schlug Hitler einen gemeinsamen Kreuzzug gegen den Bolschewismus vor, erst in Europa und dann schließlich in Rußland. Zunächst aber müsse Europa gegen die Rote Gefahr gesichert werden. Der Kreuzzug müsse im roten Spanien beginnen.“

Nachdem Pius XI. 1939 gestorben war, bestieg Kardinal Pacelli, der langjährige Berliner Nuntius, den Päpstlichen Stuhl. Er setzt die sowjetfeindliche Politik seines Vorgängers eifrig fort. Manhattan zeichnet die aufeinanderfolgenden Etappen der überaus engen Zusammenarbeit Pius' XII. mit Hitler und Mussolini. Er wurde von den militärischen Plänen Hitlers, der sich anschickte, in Polen einzumarschieren, amtlich in Kenntnis gesetzt. Manhattan schreibt:

„Hitler ersuchte den Papst, erstens die Invasion nicht zu verdammen, und zweitens die Katholiken in Polen nicht zum Widerstand gegen die Nazis aufzurufen, sondern sie für einen Kreuzzug gegen die Sowjets zusammenzuschließen.“

Der Papst kam diesem Ersuchen Hitlers nach. Noch mehr, nachdem Hitler Polen niedergeworfen hatte, drückte die Vatikandiplomatie auf Frankreich, um zu erreichen, daß dieses einen Separatfrieden mit Deutschland abschließen. Zu diesem Zwecke bediente sich der Vatikan in weitem Maße General Weygands, Marschall Pétains und Pierre Laval, der sogar einen päpstlichen Orden erhielt. Unterdessen bot der Papst alle Anstrengungen auf, um Hitler zu einem beschleunigten Überfall auf die Sowjetunion und zum Verzicht auf den Angriff gegen Frankreich zu überreden. Gestützt auf Zusicherungen der regierenden Kreise Frankreichs beteuerte er Hitler, wenn Deutschland den Krieg nach Osten verlege, werde Frankreich keinen Finger rühren.

Als Hitler im Westen seinen Angriff unternahm, der mit der Niederwerfung und Besetzung Frankreichs, Belgiens und Hollands endete, da verurteilte der Papst ihn nicht. Schon während der Kriegshandlungen begann der Vatikan Pläne auszuarbeiten, wonach in Frankreich nach seiner endgültigen Niederwerfung ein katholischer Staat errichtet werden sollte. Manhattan erklärt:

„Jedoch trotz solcher zeitweiligen Reibungen zwischen der katholischen Kirche und Hitler begannen die Beziehungen der katholischen Kirche zum Nazismus sich mit dem Fortgang der militärischen Siege der Deutschen zu verbessern... Nazideutschland gewann offenbar den Krieg. Es schien eine Frage von Wochen zu sein... Der Vatikan befahl der deutschen Hierarchie, in allen katholischen Kirchen Deutschlands Dankgebete für den Führer zu sprechen.“

Nachdem Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfallen hatte, ließ der Vatikan, der von Ribbentrop rechtzeitig unterrichtet worden war, der katholischen Geistlichkeit in der ganzen Welt die Empfehlung zugehen, „dem Feldzug gegen das gottlose Rußland nicht nur passive, sondern auch aktive moralische Unterstützung angedeihen zu lassen“.

„Der Vatikan ... instruierte Kardinäle und Bischöfe in vielen Ländern der Welt, sie sollten gegen Sowjetrußland auftreten, Moskau verfluchen und dazu auffordern, als Freiwillige gegen den ‚bolschewistischen Drachen‘ zu kämpfen...“

Aber dann, als die Naziarmeen zum Stehen gebracht schienen und als das besiegte ‚atheistische Rußland‘ mehr und mehr Lebenszeichen und die Bereitschaft zu einem Gegenangriff zu erkennen gab ... da begann der Vatikan eine große diplomatische Kampagne in den verschiedenen Hauptstädten der kriegführenden Staaten. Die Kampagne verfolgte zwei Ziele: 1. die USA und Großbritannien von aktiver Unterstützung des bolschewistischen Rußlands abzuhalten, 2. Mittel und Wege zu finden, um Rußland am Vorrücken nach Westen zu hindern.“

Um diese Ziele zu erreichen, strebte der Vatikan einen ohne Beteiligung der Sowjetunion zu schließenden Separatfrieden zwischen Hitlerdeutschland einerseits und den USA und Großbritannien andererseits an. Manhattan schildert eingehend die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Vatikans. Bekanntlich verhandelten Vertreter Englands und Deutschlands, und später der USA und Deutschlands in den Jahren 1941, 1942 und 1943 in Lissabon und in der Schweiz hinter dem Rücken der Sowjetunion über einen Separatfrieden. Der Vatikan spielte in einer Anzahl von Fällen den Mittler bei der Fühlungnahme der betreffenden Persönlichkeiten. Als diese Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Resultat führten und die Erfolge der Sowjetarmee die reaktionären Regierungskreise der USA und Englands in Zittern zu versetzen begannen, versuchte der Vatikan die Sache vom anderen Ende her in Angriff zu nehmen, nämlich einen Separatfrieden mit Deutschland dadurch herbeizuführen, daß die odöseste Figur des Faschismus, Hitler, vom politischen Schauplatz entfernt wurde.

Die Niederwerfung Hitlerdeutschlands hatte nur geringen Einfluß auf die Politik des Vatikans und der katholischen Kirche. Kaum hatten die katholischen Bischöfe und Kardinäle in Deutschland zaghaft versucht, Blitze gegen den „grausamen Nationalsozialismus“ zu schleudern, als sie sich schon davon überzeugten, daß die britisch-amerikanischen Behörden gar nicht daran denken, Deutschland zu entnazifizieren und die Überreste des Faschismus auszuroden. So traten sie wieder für den Schutz des Naziregimes ein. Manhattan schreibt:

„Ein typisches Beispiel war Kardinal von Galen, der im Februar 1946 in der Kirche Santa Maria dell' Anima eine Ansprache zum Schutze des Nazismus verlas. Die Ansprache wurde später in Form einer Broschüre unter der Überschrift 'Gesetz und Gesetzlosigkeit' veröffentlicht und verbreitet, zunächst in der britischen Zone und dann auch in anderen Teilen des besetzten Deutschlands.“

Der Vatikan unterstützt entschieden die britisch-amerikanische Politik der Zerstückelung Deutschlands, er bewirft in seinen Blättern und in der ganzen katholischen Welpresse die Politik der Sowjetunion mit Unrat, er nimmt die deutschen faschistischen Kriegsverbrecher in Schutz, gewährt ihnen Asyl und leistet auch Kriegsverbrechern aus anderen Ländern moralische und materielle Unterstützung.

Manhattan schildert die Hilfe des Vatikans für Franco, die Versuche des Vatikans, gemeinsam mit den Engländern und den Amerikanern nach dem Sturz Mussolinis die Monarchie und das faschistische Regime in Italien aufrechtzuerhalten, die Rolle des Vatikans bei der Kapitulation

Belgiens, die Quertreibereien des Vatikans in Polen, den Verrat der katholischen Kirche an der Tschechoslowakei.

Von bedeutendem Interesse ist das Kapitel in Manhattans Buch, das von den Beziehungen des Vatikans zu den Vereinigten Staaten handelt. Manhattan schreibt:

„Die Politik der katholischen Kirche, die jahrhundertlang auf einer Allianz mit den katholischen Ländern Europas basiert war, ist jetzt nach Westen verlagert worden (now has been shifted to the West). Der Vatikan ... hat sich zur Schaffung einer neuen katholischen Welt in Amerika gerüstet, auf deren weltliche Unterstützung er im Falle der Notwendigkeit zurückgreifen könnte. In Hinsicht hierauf hat der Vatikan während der Lebensdauer der letzten Generation seine Hauptbemühungen auf Fortschritte in den USA konzentriert.“

Das Ziel dieser Bemühungen, sagt Manhattan, ist es in letzter Linie, die Vereinigten Staaten zu einem Lande von klerikal-faschistischem Typus zu machen, nach dem Vorbild früherer oder heutiger „katholischer Staaten wie das Spanien Francos, das Frankreich Pétains, die Slowakei Mgr. Tisos, um das Italien Mussolinis gar nicht zu erwähnen“.

Der Vatikan hat in den USA eine Anzahl starker katholischer Organisationen geschaffen wie z. B. die „Nationale Katholische Wohlfahrtskonferenz“, den „Nationalrat katholischer Männer“, den „Nationalrat katholischer Frauen“, den „Nationalen Katholischen Jugendrat“, die sich die Bekämpfung der demokratischen Ideen zum Ziel setzen. Es existiert auch eine besondere Organisation zur Bekämpfung des Kommunismus sowie eine „Assoziation katholischer Gewerkschafter“, die den Krieg gegen den Kommunismus mitten in die Gewerkschaften tragen soll.

Der persönliche Vertreter des USA-Präsidenten im Vatikan ist Myron Taylor, nach Manhattans Charakteristik „ein Millionär, ein hoher Episkopaler ... und ein Bewunderer des Faschismus“.

Ein ebensolcher „Bewunderer des Faschismus“ ist der amerikanische Kardinal Spellman, der heute als erster Kandidat für den Heiligen Stuhl gilt. Diese beiden Männer spielten und spielen eine notorische Rolle in allen sowjetfeindlichen Umtrieben, Intrigen und Quertreibereien des Vatikans während und nach Beendigung des zweiten Weltkrieges. Manhattan schreibt, der Vatikan und die USA hätten eine „Gemeinsamkeit der Interessen“, und fährt fort:

„Die Prinzipien der“ (katholischen) „Kirche ... laufen denen der sozialen und politischen Demokratie diametral zuwider. Die ganze Politik der katholischen Kirche seit Beginn des 20. Jahrhunderts war darauf gerichtet, ... in Allianz mit nicht-spirituellen Bewegungen den Weg der Nationen zu verrammeln.“

Daher komme auch ihre direkte und indirekte Einwirkung auf das politische Leben Europas und ihre Unterstützung faschistischer Diktaturen. Diese Politik habe die „katholisch-amerikanische Zusammenarbeit so intim“ gemacht.

Besagte Zusammenarbeit wird nicht nur auf politischem Gebiet entfaltet. Der Vatikan — der Kapitalien von mehreren Milliarden in verschiedenen Banken und Industriebetrieben sowohl Italiens als auch der ganzen übrigen Welt angelegt hat — hat auch auf einem anderen Gebiet, dem Schutz seiner gewaltigen kapitalistischen Profite, die gleichen Interessen wie das Monopolkapital der USA.

\* \* \*

Das Buch Manhattans leidet unter einer Reihe von Mängeln. Unbeleuchtet bleibt darin die Verbindung des Vatikans mit den Interessen des Großkapitals, die sich aus den riesigen Reichtümern des Vatikans ergibt. In vielen Fällen übertreibt Manhattan die Bedeutung der Tätigkeit des Vatikans in der Weltpolitik und vergißt dabei, daß der Vatikan vor allem ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Imperialisten ist. Nicht immer werden die Ereignisse und Tatsachen von Manhattan genau genug dargelegt, schon ganz davon zu schweigen, daß ihre Analyse natürlich weit von einer wissenschaftlichen, marxistischen Methode entfernt ist. Im Banne bürgerlich-liberaler Vorstellungen stehend, gibt Manhattan den Ideen der Demokratie eine unrichtige Deutung und verabsolutiert die bürgerliche Demokratie.

Manhattan schweigt völlig über die Notwendigkeit eines aktiven Kampfes gegen die Tätigkeit der herrschenden Oberschicht in der katholischen

Kirche, obgleich er dauernd mit Recht darauf hinweist, welche große Gefahr diese reaktionäre Tätigkeit für die Sache des Friedens und der Demokratie mit sich bringt. Natürlich bewahrt Manhattan in seinem Buch völliges Stillschweigen auch über die Mittel dieses Kampfes — den Zusammenschluß und die Mobilisierung aller wirklich demokratischen, progressiven Kräfte gegen die Reaktion, das religiöse Dunkelmännertum und den Imperialismus.

Besonders mißglückt und fehlerhaft ist das Kapitel: „Sowjetrußland, die Orthodoxe Kirche und der Vatikan“. Manhattan, der verlogene Mittelungen bürgerlicher Zeitungen benutzt, läßt sich in diesem Kapitel eine große Entstellung der Rolle der Orthodoxen Kirche in der Sowjetunion und der sowjetischen Politik gegenüber der Religion zuschulden kommen.

Trotz der erwähnten ernsten Mängel ist Manhattans Buch für die demokratische Öffentlichkeit von Interesse, besonders in der jetzigen Zeit, wo der Vatikan eine so wütende Kampagne zum Schutz seines entlarvten und vom Gericht des ungarischen Volkes verurteilten Agenten, des Kardinals Mindszenty, führt und erneut versichert, es handle sich um die Bestrafung nicht eines überführten und geständigen Verbrechers, sondern eines Kuldienerers, der „für den Glauben“ leide.

Die von Manhattan gesammelten Tatsachen, die lebendig dargestellt und durch dokumentarische Angaben untermauert sind, entlarven die unheilvolle Rolle des Vatikans als eine der Zentralen der Weltreaktion. Darin liegt der Wert seines Buches für alle, denen die Interessen des Friedens und der Demokratie teuer sind.

## 20. Februar

Abschluß der ersten Tagung des Ausschusses für Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder in Genf.

Dimitri Pappas, der Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitskonföderation Griechenlands, wird von Athener Polizeiagenten im Gefängnis heimtückisch ermordet.

In Oslo findet ein Parteitag der Norwegischen Arbeiterpartei statt. Der Parteitag billigt den außenpolitischen Kurs der Regierung und spricht sich für den Anschluß Norwegens an den Nordatlantikpakt aus.

# CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Februar—März 1949

## 21. Februar

Der kleine Chural der Mongolischen Volksrepublik bestätigt in einer Plenartagung die neue Zusammensetzung der von Marschall Tscholbalssan geführten Regierung der Republik.

In ganz Italien treten 50 000 Arbeiter und Angestellte des Stadt- und Vorortverkehrs in den Streik.

Auf Einladung des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion trifft in Moskau eine ungarische Gewerkschaftsdelegation ein, die von József Mekis, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der ungarischen Gewerkschaften, geführt wird.

## 22. Februar

Erklärung Oberst Jelisarows, des stellvertretenden Sowjetkommandanten Berlins, zu der von den Kommandanten der Westsektoren befohlenen Einstellung der Entnazifizierung. Es heißt darin, daß die Entnazifizierung in den Westsektoren Berlins ebenso wie in den Westzonen Deutschlands vereitelt wurde, wo prominente Vertreter des Hitlerregimes rehabilitiert wurden und

hohe Posten bekleiden, während Rechtsbeschränkungen auf Angehörige der werktätigen Bevölkerungsschichten angewendet werden. Die Entnazifizierung, wie sie die Verfügung des Kontrollrats vorsieht, ist nur in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor Berlins durchgeführt worden.

Veröffentlichung einer Mitteilung über die Aufnahme Albaniens in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

In Paris beginnt eine Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs.

### 23. Februar

In der Sowjetunion, in Polen, in der Tschechoslowakei und anderen Ländern wird der 31. Jahrestag der Sowjetarmee festlich begangen.

Das polnische Außenministerium veröffentlicht ein Kommuniqué über eine unter Vorsitz des Außenministers Modzelewski durchgeführte Beratung der polnischen Gesandten in Stockholm, Kopenhagen, Oslo und Helsinki. Zur Erörterung standen die Tätigkeit imperialistischer Kreise, die bestrebt sind, die skandinavischen Länder in den Bannkreis des aggressiven Nordatlantikkpakts einzubeziehen, sowie Fragen, die die Schaffung friedlicher, konstruktiver gutnachbarlicher Zusammenarbeit mit allen diesen Ländern betreffen.

Henry Wallace kritisiert im Auswärtigen Ausschuss des USA-Präsidentenhauses aufs schärfste den Marshallplan als eine Waffe der Politik des „kalten Kriegs“ und des aggressiven Nordatlantikkpakts. Wallace fordert Abkehr von der Politik des „kalten Kriegs“ und Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion.

Die bulgarische Regierung legt beim UNO-Generalsekretär Trygve Lie Protest dagegen ein, daß am 20. Januar d. J. fünf Flugzeuge der königlich griechischen Luftflotte während eines Bombenangriffs auf das griechische Dorf Staronolecho wo auf bulgarisches Territorium eine 25-Kilogramm-Bombe abwarfen.

### 24. Februar

Das Außenministerium der Sowjetunion richtet an die Botschaften

der USA und Großbritanniens in Moskau Noten im Zusammenhang damit, daß die englischen und amerikanischen Behörden gegen die von den Regierungen der USA und Großbritanniens übernommenen Verpflichtungen verstoßen und die Repatriierung von Sowjetbürgern aus der amerikanischen und der englischen Besatzungszone Deutschlands und Österreichs hintertreiben. In diesen Zonen befinden sich nach unvollständigen Angaben noch immer 247 000 Sowjetbürger.

Der Internationale Verbindungsausschuß der Geistesschaffenden zur Verteidigung des Friedens ruft zur Anberaumung eines Weltkongresses der Friedensanhänger im April d. J. auf.

In Moskau trifft eine von Bildungsminister Stanislaw Skrzyszewski geführte polnische Delegation von im Volksbildungswesen tätigen Persönlichkeiten ein.

Auf Rhodos wird ein Abkommen über allgemeine friedliche Regelung der Beziehungen zwischen dem Staat Israel und Ägypten unterzeichnet.

Louis Saillant, Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, trifft als Führer der Delegation der Weltföderation zur Tagung des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats in New York ein.

### 25. Februar

Der sowjetische Vertreter J. A. Malik bringt im UNO-Atomarschuß einen Resolutionsentwurf ein, wonach diesem die unverzügliche Ausarbeitung von Konventionsentwürfen über ein Verbot der Atomwaffe und über Atomenergiekontrolle nahegelegt wird, damit beide Konventionen bis zum 1. Juni d. J. dem Sicherheitsrat vorgelegt werden.

In Leningrad findet eine von 10 000 Delegierten, die 1,4 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte der Stadt und des Gebiets Leningrad vertreten, besuchte Kundgebung statt. Die Anwesenden erörtern die Deklaration der englischen Gewerkschaftsföderation von Lancashire und Cheshire mit dem Aufruf zum Weltfrieden und zur Verhütung eines neuen Krieges, der von den englisch-amerikanischen Imperialisten vorbereitet wird. In ihrer Antwort fordern die

Leningrader die englischen Arbeiter zur Festigung der Freundschaft zwischen dem Volk Englands und den Völkern der Sowjetunion auf, um gemeinsam gegen die Brandstifter eines neuen Krieges zu kämpfen.

In Sofia beginnt ein Prozeß gegen eine Anzahl Führer der evangelischen Kirche Bulgariens, die der Spionage angeklagt sind.

Die französische Reaktion verstärkt die Verfolgung demokratischer Persönlichkeiten. Verhaftet werden 28 Kommunisten, darunter Jacques Friedland, der Redakteur der kommunistischen Wochenschrift „Regards“, Vassart, der Staatsanwalt der Republik, fordert Aufhebung der parlamentarischen Immunität Marcel Cachins, des Direktors der „Humanité“.

### 26. Februar

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion (TASS) dementiert eine am 23. Februar von der englischen Zeitung „News Chronicle“ unter anderen lächerlichen Erfindungen verbreitete Falschmeldung, wonach die Sowjetregierung der Regierung der Tschechoslowakei die Umsiedlung von 400 000 Sudetendeutschen aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach der Tschechoslowakei vorgeschlagen haben soll. Die TASS qualifiziert diese Meldung in ihrem Dementi als einen für antisowjetische Blätter vom Schlage des „News Chronicle“ typischen Gaunertrick.

Die polnische Presseagentur teilt mit, daß die französische Regierung sich geweigert hat, mit Polen ein Abkommen über Repatriierungsfragen zu schließen.

In Norwegen und Dänemark finden Protestversammlungen und Kundgebungen gegen den Anschluß an den Nordatlantikkpakt statt.

In London wird eine erweiterte Plenartagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Englands eröffnet.

### 1. März

In der Sowjetunion werden die Preise für Lebensmittel und Massenbedarfsartikel um 10–30 Prozent gesenkt. Die neue Preissenkung wird der Bevölkerung im Laufe eines Jahres etwa 71 Milliarden Rubel Ersparnisse einbringen.

# VERLAGSANGEZEIGEN

## VERLAG DER HAUPTVERWALTUNG DES NÖRDLICHEN SEEWEGES

### Neuerscheinungen:

M. I. BELOW — *Semjon Deshnew*. 1648—1948. Zum Dreihundertjahrtag der Entdeckung der Meerenge zwischen Asien und Amerika. 168 S., Rbl. 5,—

Abriß des Lebens und des Wirkens des kosakischen Forschungsreisenden, der 80 Jahre vor Bering die historisch bedeutsame Fahrt von dem Eismeer nach dem Stillen Ozean unternahm.

W. J. WIESE — *Die Meere der Sowjetarktis*. Dritte, durchgesehene und ergänzte Auflage. 416 S., mit Karten. Rbl. 18,—

S. MARKOW — *Chronik Alaskas*. 222 S., Rbl. 9,— Großtaten russischer Weltreisender und Forscher im Norden des Stillen Ozeans.

A. P. OKLADNIKOW — *Russische Polarfahrer des 17. Jahrhunderts an der Taimyrküste*. 158 S., Rbl. 7,—

Alles in russischer Sprache.

## SENDEPLAN DES MOSKAUER RUNDFUNKS IN DEUTSCHER SPRACHE

| T ä g l i c h<br>(Mitteleuropäische Zeit)                    | Wellenlängen                        |                            |             |
|--------------------------------------------------------------|-------------------------------------|----------------------------|-------------|
|                                                              | Kurzwellen:                         | Mittelwellen:              | Langwellen: |
| 8.00—8.30                                                    | 19,43 25,79<br>31,06 49,42          | 415,50                     | —           |
| 16.00—16.30                                                  | 19,43 25,79<br>31,06 40,76<br>49,42 | 415,50                     | —           |
| 17.00—18.00                                                  | 30,90 31,06<br>40,76 41,67<br>49,42 | 415,50                     | —           |
| 19.00—20.00                                                  | 30,90 31,06<br>40,76 41,67          | —                          | 1115        |
| 21.00—21.30                                                  | 30,90 49,76<br>49,42                | 415,50                     | —           |
| Jeden Mittwoch und<br>jeden Sonntag außerdem:<br>22.30—23.30 | 30,90 31,65<br>49,26 49,42          | 377,40<br>415,50<br>541,60 | 1115        |

Täglich in allen Sendungen: Tagesnachrichten, Kommentare zu aktuellen Fragen des internationalen Lebens sowie Berichte und Skizzen über die Sowjetunion.

Täglich 16.00: Zeitungsschau vom Tage (Überblick über die Sowjetpresse).

Täglich 17.00: Konzert. (Jeden Sonnabend Wunschkonzert, jeden Mittwoch und jeden Sonntag

Bunte Abende aus Lagern für deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion.)

Täglich 21.00 (außer sonnabends und sonntags): Konzert.

Jeden Sonnabend und jeden Sonntag 21.00: Literatur-, Musik- und Kunstsendungen.

Jeden Mittwoch und jeden Sonntag 22.30: einstündige Konzerte. Sonntags abschließend Proben aus den Musiksendungen der kommenden Woche.

### Außerdem im Rahmen der täglichen Sendungen:

Montags 19.00: Sendung für die deutschen Bauern.

Dienstags 19.00: Sendung für Geistesschaffende.

Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag 19.00: Sendung für die deutsche Jugend.

Donnerstags 17.00: Sendung für die deutschen Frauen.

Donnerstags 19.00: Sendung für die Werktätigen des Ruhrgebiets.

Freitags 19.00: Sendung für die deutschen Arbeiter.

Sonntags 19.00: Briefkasten.

## **DIE NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN  
RUSSISCHER,  
DEUTSCHER,  
ENGLISCHER UND  
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

## **DIE NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK  
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN  
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN  
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER  
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR  
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-  
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER  
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN  
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF  
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN  
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER  
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

## **DIE NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-  
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN  
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-  
LICHEN LEBENS.